

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung	1
„Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“	6
Deutsche erwarten kaum Besserung für die Zukunft	7
„De sociale staat van Nederland 2005“	11
Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt	12
Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich Buchhinweis	15
33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Die Natur der Gesellschaft	16

Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung

Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge

Wirtschaftliche und demografische Entwicklungen setzen den Sozialstaat seit den 90er Jahren verstärkt unter Druck. Dies zeigt sich auch in der politischen Debatte, bei der die Kosten der sozialen Sicherung zunehmend als eine Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Zudem gerät die staatliche Absicherung in den Verdacht, über eine Bevormundung der Bürger eine Abhängigkeitsmentalität zu erzeugen. In der Folge ist ein sozialstaatlicher Umbau festzustellen, der sich durch Kürzungen des bisherigen Leistungsniveaus, aktivierende Elemente, die Förderung und Forderung von größerer Eigenverantwortung und Risikovorsorge seitens der Bürger sowie eine Relativierung der Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung (Gewährleistungsfunktion) auszeichnet. Dieser Wandel des Sozialstaats kann in Konflikt geraten sowohl mit individuellen Wohlstandsansprüchen als auch mit kulturell erzeugten Deutungs- und Legitimationsmustern, die sich entlang der bisher geltenden Arrangements sozialer Sicherheit entwickelt haben. Darüber hinaus könnte die politische Leistung des Sozialstaats, die Bindung der Bürger an den Staat und die Herstellung eines gesellschaftspolitischen Konsenses in der Bevölkerung, in Mitleidenschaft gezogen werden. Daher wird im vorliegenden Beitrag die Akzeptanz der sozialpolitischen Veränderungsprozesse in der Bevölkerung untersucht. Neben der Beurteilung des Status Quo richtet sich der Fokus auf die Frage, welches Modell sozialstaatlicher Absicherung gewünscht wird. Befürworten die Bürger einen Politikwechsel im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortung oder halten sie an den bisherigen Wohlfahrtsansprüchen und Forderungen gegenüber dem Staat – und den daraus folgenden finanziellen Konsequenzen – fest?

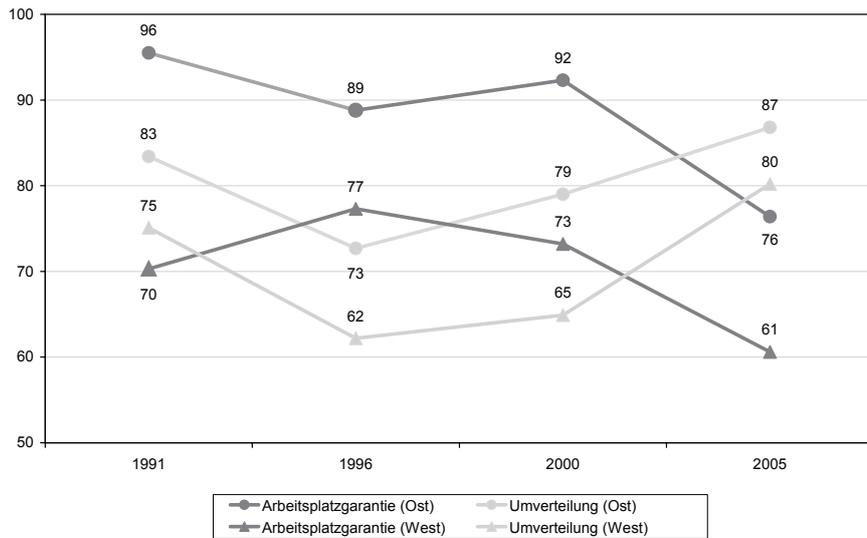
Um die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat zu untersuchen, verwenden wir verschiedene Indikatoren, die sich auf die Verteilungsgerechtigkeit, auf Zuständigkeiten und Ausgabenpolitiken sowie auf das Vertrauen und konkrete Reformvorschläge am Beispiel des Gesundheitswesens richten. Damit kann eruiert werden, inwieweit die Aufwertung liberaler Gerechtigkeitsvorstellungen (Leisering 2004) und die Neujustierung des Verhältnisses von Markt, Staat und privater Wohlfahrtsproduktion auf Akzeptanz oder auf Vorbehalte trifft.

Die Teilprivatisierung von sozialen Risiken gibt Anlass zu der Vermutung, dass der sozialstaatliche Konsens brüchig wird, weil die unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen die Möglichkeiten zur Übernahme von Eigenverantwortung begrenzen. Daher

wird in einem zweiten Schritt untersucht, welche strukturellen und kulturellen Kontexte die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflussen und ob sich Polarisierungen zwischen Bevölkerungsgruppen in der Akzeptanz einer stärker marktförmig organisierten, individuellen oder einer umfassenden, auf dem Solidaritätsgedanken basierende Absicherung erkennen lassen. Einen besonderen Blick werfen wir dabei auch auf die bislang markanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die Datengrundlage für den vorliegenden Beitrag sind die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EZS), das vom BMGS (jetzt BMAS, BMG) in Auftrag gegeben wurde. Das von Prof. Wolfgang Glotzer und Prof. Alfons Schmid geleitete Projekt erstreckt sich insgesamt auf den Zeitraum von 2005 bis 2008 und beinhaltet

Grafik 1: Egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)



Arbeitsplatzgarantie: „Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.“ Umverteilung: „Das Wichtigste ist, dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung erfordert.“

Quelle: Panel des International Social Justice Project (ISJP) für 1991-2000, Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EZS) 2005

vier repräsentative telefonische CATI-Bevölkerungsumfragen mit jeweils mindestens 5000 Personen. Grundgesamtheit ist die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr. Die verwendete Stichprobe für 2005 umfasst ungeachtet 5025 Interviews, wobei 2531 auf die neuen Bundesländern entfallen (zu Methode und Konzept vgl. Krömmelbein et al. 2006).

Hohe Zustimmung zu egalitärer Verteilungsgerechtigkeit

Durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme erhalten Gerechtigkeitskonzepte, die der Stärkung der Eigenverantwortung für eine selbst bestimmte Lebensführung des Einzelnen oder dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen wirtschaftlichen Wachstums Priorität einräumen, einen größeren Stellenwert (vgl. Leisering 2004). Darüber werden vor allem der Markt als Instanz der Wohlfahrtsproduktion und die produktiven Anreizeffekte sozialer Ungleichheit aufgewertet. Ob dies zu einem kulturellen Wandel der Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft führt, lässt sich anhand der Bewertung von Verteilungsergebnissen und von Verteilungsregeln erfassen (vgl. Noll/Christoph 2004: 99). Insbesondere die Bewertung von Verteilungsregeln zeigt, welche Bedeutung dem Leistungsprinzip des Marktes und dem Sozialprinzip staatlicher Intervention im Bewusstsein der Menschen zukommt. Zur Operationalisierung unterscheiden wir zwischen individualistischen und egalitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen (vgl. Mühleck 2003).¹ Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen legitimieren soziale Ungleichheiten anhand der produktivistischen Gerechtigkeit und der Leistungsgerechtigkeit des Marktes, die eine Motivations- und Anreizfunktion enthält. Demgegenüber gehen egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen von einer begrenzten Rationalität des Marktes

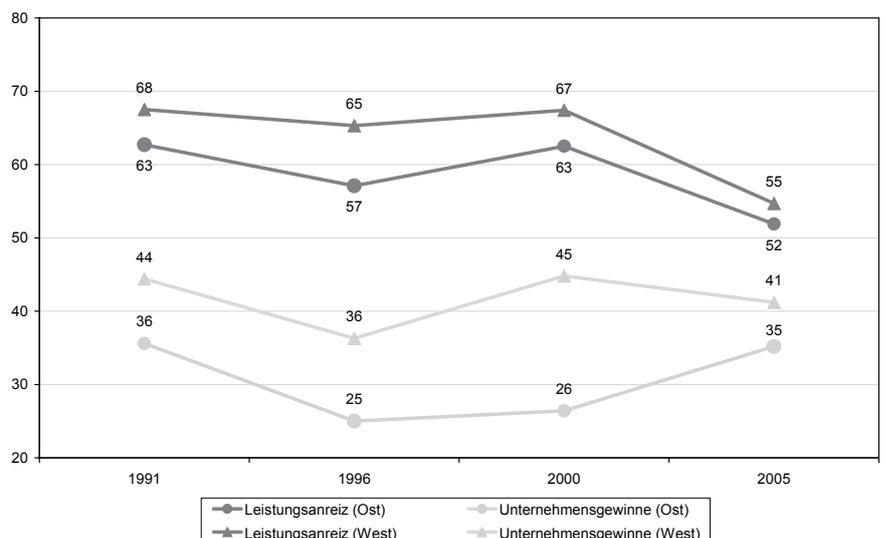
aus, die zu nicht erwünschten oder sogar zu kontraproduktiven Verteilungsergebnissen führt. Erst die staatliche Intervention und Verteilungsprinzipien des Bedarfs oder der Gleichheit führen demnach zu einer gerechten Verteilung des Reichtums. Die Ergebnisse der EZS-Umfrage zeigen, dass die Akzeptanz von egalitären Verteilungsnormen im Vergleich zur individualistischen Gerechtigkeitsideologie deutlich stärker ausfällt. Dies korrespondiert mit einem eher kritischen Blick der Bevölkerung auf die Verteilungsgerechtigkeit – rund 80% sind der Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit in jüngster Zeit abgenommen hat, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind und starke Konflikte zwischen armen

und reichen Bevölkerungsgruppen existieren. Ebenso stimmen über 80% der Befragten dem sozialstaatlichen Bedarfsprinzip, nach dem es am wichtigsten ist, „dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung bedeutet“ zu. Noch fast zwei Drittel sehen den Staat in der Verantwortung, bei Versagen des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze für die Menschen bereit zu stellen. An dieser Stelle sind auch die größten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland auszumachen (Grafik 1).

Demgegenüber fällt die Akzeptanz individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen geringer aus. Nur etwa die Hälfte stimmt der Aussage zu, dass „ein Anreiz zur Leistung ... nur dann (besteht), wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind“. Noch geringer ist die Akzeptanz der produktivistischen Gerechtigkeitsvorstellung, dass „hohe Unternehmensgewinne ... ihre Richtigkeit (haben), weil letztlich alle davon profitieren“ (Grafik 2).

Veränderungen zeigen sich in beiden Gerechtigkeitsvorstellungen. Innerhalb egalitärer Einstellungsmuster erhält die Gewährleistung einer Bedarfssicherung durch staatliche Sozialpolitik eine größere Priorität, während die Erwartungen an weitergehende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (der Staat sollte Arbeitsplätze bereitstellen) in beiden Landesteilen rückläufig sind. Zugleich ist eine leichte Erosion individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen zu verzeichnen, da die Zustimmung zur Motivations- und Anreizfunktion der Einkommensunterschiede in beiden Landesteilen abgenommen hat und insgesamt um 13 Prozentpunkte niedriger liegt als 1991. Dies trifft für die produktivistische Gerechtigkeitsnorm nicht in gleicher Weise zu. Auffallender ist hier im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahr 2000 die gegenläufige Entwicklung in Ost und Westdeutschland.

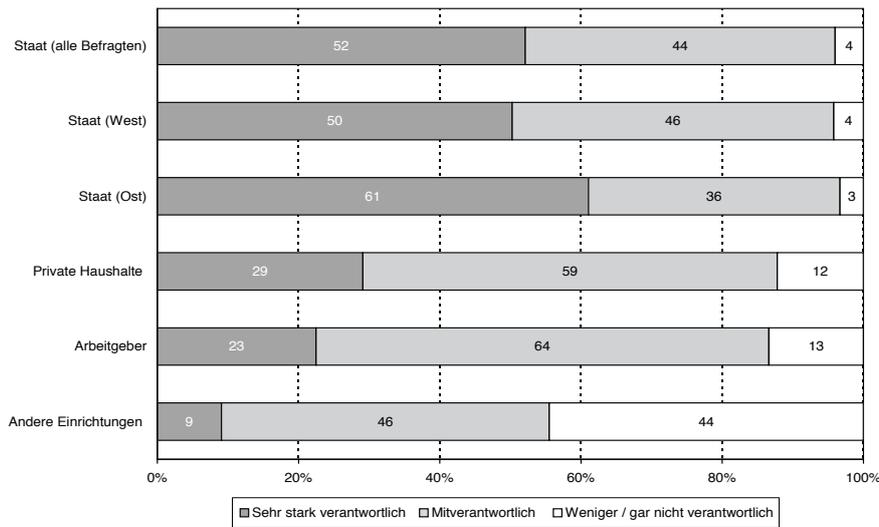
Grafik 2: Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)



Leistungsanreiz: „Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.“ Unternehmensgewinne: „Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.“

Quelle: ISJP-Panel für 1991-2000, EZS 2005

Grafik 3: Zuständigkeit für soziale Sicherung (in %)



Indikator: „Bitte sagen Sie mir, wie stark der Staat, die private Haushalte, die Arbeitgeber oder andere Einrichtungen wie z.B. Kirchen oder Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung verantwortlich sein sollten.“

Quelle: EZS 2005

Hohe Wohlfahrtsansprüche und begrenzte Akzeptanz von Eigenverantwortung

Als grundlegend für die gegenwärtige Reformpolitik kann die Aufwertung der Eigenverantwortung und die Neuaufteilung von Verantwortung unter staatlicher Zuständigkeit angesehen werden. Diesem Wandel folgt die Bevölkerung nur in Ansätzen (Grafik 3). Nach wie vor wird der Staat mehrheitlich als hauptverantwortlich für die soziale Sicherung angesehen.² Zugleich sieht jedoch eine überwältigende Mehrheit von fast 90% auch jeden einzelnen Bürger und die Arbeitgeber in der Verantwortung. Damit dominiert die Vorstellung einer geteilten Verantwortung, wobei sich allerdings bei beiden Akteuren die Einschätzung von sehr starker Verantwortung zu abgeschwächter Mitverantwortung verschiebt.

Eine weitere Frage nach dem gewünschten Umfang zukünftiger Eigenverantwortung, die auch explizit die finanzielle Zuständigkeit für die soziale Sicherung einschließt und zwischen den Teilsystemen differenziert, verweist jedoch auf die Grenzen der Akzeptanz von privater Risikovorsorge, denn die Bevölkerung ist in dieser Frage eher gespalten. Nur eine knappe Mehrheit plädiert dafür, dass der Einzelne in Zukunft mehr Verantwortung zu übernehmen hat, wobei sich nur bis zu maximal 12% der Befragten für „viel mehr“ Eigenverantwortung aussprechen. Am stärksten ist die Akzeptanz der Eigenverantwortung in den Bereichen Altersvorsorge und Pflege; am geringsten hinsichtlich des sozialen Risikos der Erwerbs- und Einkommenslosigkeit, was sich damit erklären lässt, dass in diesen Fällen die finanzielle Situation den Möglichkeiten der Eigenvorsorge bereits Grenzen setzt (Tabelle 1).

Ein zentraler Indikator für den Grad der Anpassung der Wohlfahrtserwartungen an die gegenwärtige Problemlage und Reformpolitik

ist der Wunsch nach Kürzung oder Ausweitung staatlicher Ausgaben. Dabei wird deutlich, dass trotz „leerer Kassen“ eine Kürzung der staatlichen Sozialausgaben nicht gewünscht wird. Die meisten plädieren sogar für eine Ausweitung der sozialstaatlichen Ausgaben – oder mindestens für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus. Priorität genießt dabei die Unterstützung von Familien und Kindern. Lediglich bei den Zielen, die sich auf die Lebensstandardsicherung bei Erwerbsunfähigkeit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit beziehen, befürwortet etwa die Hälfte eine Beibehaltung des Status quo oder eine Einschränkung des Umfangs sozialstaatlichen

Handelns, wobei auf den Wunsch nach Kürzung 8-14% entfallen. Darin drückt sich ansatzweise eine schwache Akzeptanz von Abstrichen im Niveau der sozialen Sicherung aus, da diese Bewertungen der Reformpolitik zu folgen scheinen (Tabelle 2).

Insgesamt sind die Wohlfahrtsansprüche an den Sozialstaat in Ostdeutschland höher. Ein größerer Bevölkerungsanteil nimmt hier die staatlichen Ausgaben als zu niedrig wahr und die Bereitschaft zur Übernahme der privaten Risikovorsorge fällt etwas geringer aus. Dieser auch in der Vergangenheit bereits ermittelte Befund kann als Indiz für sozialisatorische Effekte gewertet werden, zumal das Anspruchsniveau auch mit dem Alter der Bürger variiert (vgl. Tabelle 4).

Zusammenfassend lässt sich bislang nicht von einer kulturellen Wende oder einer abnehmenden Akzeptanz eines umfassenden und kompensatorischen Sozialstaatsmodells sprechen. Zwar wird Eigenverantwortung grundsätzlich akzeptiert, dies bedeutet aber nicht, dass die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung in Frage gestellt wird. Vielmehr besitzt der traditionelle, expansive Sozialstaat in den Einstellungen der Bürger weiterhin einen hohen Stellenwert.

Das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme ist teilweise gering

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse hinsichtlich des Ausmaßes des Vertrauens zu interpretieren, das die Bürger dem Sozialstaat und seinen Einzelsystemen entgegenbringen. Da auch weiterhin an der sozialstaatlichen Kernvorstellung eines abgesicherten Lebens festgehalten wird, ist das

Tabelle 1: Erwünschte Eigenverantwortung in Zukunft (in %)

	Viel mehr / mehr	Gleichbleibend	Weniger / keine
Lebensstandard im Alter	65	30	5
Pflege im Alter und bei Krankheit	60	33	7
Gesundheitliche Versorgung	54	38	8
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	53	39	8
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	Ost	46	43
	West	53	38

Indikator: „Inwieweit sollte der Einzelne für die folgenden Dinge mehr Verantwortung übernehmen, d.h. auch mehr Eigenfinanzierung leisten?“

Quelle: EZS 2005

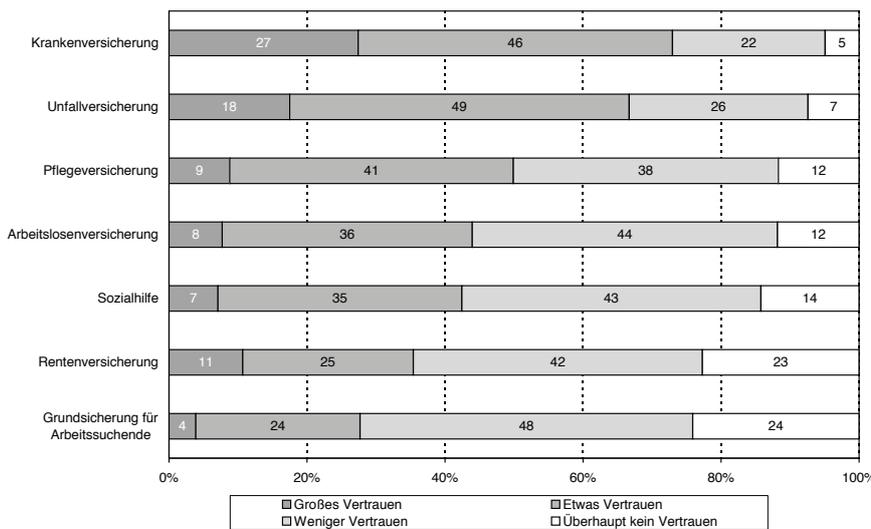
Tabelle 2: Erwünschte Staatsausgaben in Zukunft (viel mehr / mehr, in %)

	Ost	West
Familien und Kinder unterstützen	88	77
Pflege im Alter und bei Krankheit	70	66
Gesundheitliche Versorgung	68	56
Grundsicherung für Bedürftige	64	54
Lebensstandard im Alter	55	49
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	57	49
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	49	41

Indikator: „Und für welche Ziele sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben? (...) Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben auch höhere Steuern und Abgaben erfordern können.“

Quelle: EZS 2005

Grafik 4: Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme (in %)



Indikator: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen der sozialen Sicherung und Sie sagen mir bitte bei jeder Einrichtung, wie groß das Vertrauen ist, dass Sie ihr entgegenbringen.“
Quelle: EZS 2005

Vertrauen in die einzelnen Sicherungssysteme als Indikator für die wahrgenommene Qualität der an dieser Kernvorstellung gemessenen staatlichen Sicherungsleistungen zu werten.

Es zeigt sich, dass das Vertrauen in die soziale Sicherung nicht sehr stark ausgeprägt ist, wobei zwischen Ost und West keine auffälligen Unterschiede in der Einschätzung bestehen. Durchschnittlich hat etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger oder kein Vertrauen in den Sozialstaat. Das Antwortverhalten weist allerdings, bezogen auf die spezifischen Sicherungssysteme, starke Schwankungen auf. So genießt das Gesundheitswesen trotz andauernder Debatten über seine Finanzierbarkeit mit einem Anteil von drei Vierteln der Befragten, die etwas oder großes Vertrauen bekunden, ein hohes Ansehen (Grafik 4). Obwohl man sich im Zuge der derzeit durchgeführten Reformen auf geringere Leistungsansprüche und höhere Zuzahlungen einzustellen hat, wird die Idee einer angemessenen und gesetzlich garantierter Unterstützung im Krankheitsfall als gut umgesetzt angesehen. Sehr viel geringer ist dagegen das Vertrauen in die einzelnen Institutionen der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Weniger als die Hälfte der Bürger vertrauen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe; bei der neu geschaffenen Grundsicherung für Arbeitssuchende rutscht der Anteil der vertrauenden Personen sogar auf unter 30% ab. Die geringen Vertrauenswerte dürften mit den Auswirkungen der letzten Arbeitsmarktreform in Zusammenhang stehen, bei der Dauer und Höhe der Lohnersatzleistungen reduziert und Zumutbarkeiten bei der Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle erhöht wurden. Gerade bezüglich des neu eingeführten Arbeitslosengelds II scheint sich für die Bürger das Leistungsniveau nicht im Einklang mit den verinnerlichten Werten einer umfassenden sozialen Absicherung zu befinden. Hierbei dürfte allerdings zu berücksichtigen sein, dass die neue (ab 1. Januar

2005) Grundsicherung für Arbeitssuchende zum Zeitpunkt der Befragung (Frühjahr 2005) sich gerade in der Einführungsphase befand. Ähnlich schlechte Ergebnisse zeigen sich für die Rentenversicherung, der nur ein Drittel der Bevölkerung zutraut, eine angemessene Sicherung des Lebensstandards im Alter bei gleichzeitig bezahlbaren Beiträgen bewerkstelligen zu können. Neben einer Reduzierung des Rentenniveaus durch die Reform 2005 kann dies vor allem dem zunehmenden demographischen Ungleichgewicht zwischen alten und jungen Bevölkerungsteilen geschuldet sein, das den Erhalt der Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in ihrer jetzigen Form fragwürdig erscheinen lassen.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Fähigkeit des Staates, vor dem Hintergrund gravierender sozialer Wandlungsprozesse eine zufrieden stellende Antwort auf gesellschaftliche Risiken geben zu können, eher skeptisch beurteilt wird. Damit dürfte eine Reduzierung des individuellen Sicherheitsgefühls einhergehen. Bisher ist es nicht gelungen, durch liberale Reformmaßnahmen Vertrauen in die soziale Sicherung aufzubauen.

Reformen des Gesundheitswesens stoßen auf geteiltes Echo

Betrachtet man die Akzeptanz konkreter Reformrichtungen am Beispiel des Gesundheitswesens, bestätigt sich dieses Bild. 2004 wurden mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eine Reihe von Veränderungen im Gesundheitssystem verabschiedet. Diese umfassen neben Zuzahlungen für Medikamente und medizinische Behandlungen den Wegfall von einigen Leistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen, eine höhere Transparenz in der Kostenabrechnung sowie die Möglichkeit der Einführung von Bonussystemen durch die Krankenkassen. Hierdurch sollen neben dem Ziel einer finanziellen Entlastung für die Krankenkassen das individuelle Gesundheitsbewusstsein der Bürger gestärkt und Anreize für ein eigenverantwortliches Gesundheitsverhalten gesetzt werden.

Die eingeführten Aktivierungselemente stießen dabei auf ein geteiltes Echo in der Bevölkerung. Die Forderungen nach höheren Zuzahlungen und Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden sehr kritisch beurteilt. Nur jeder Vierte Bundesbürger – in Ostdeutschland gar nur jeder Sechste – stimmt diesen Reformmaßnahmen zu (Tabelle 3). Positiv wird dagegen die Möglichkeit bewertet, einen Teil der Gesundheitsvorsorge in Zukunft selbst nach dem individuellen Bedarf regeln zu können. Eine Mehrheit von 60% sieht darin eine Verbesserung, wobei auch hier die Zustimmung in den neuen Bundesländern geringer ist. Die Einstellungen sind also gespalten. Die aktivierende Sozialstaat mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten schafft, wird er durchaus begrüßt. Sobald sich jedoch die Aufmerksamkeit auf die stärkere finanzielle Eigenbeteiligung richtet, überwiegen ablehnende Beurteilungen. Die in Ostdeutschland zu beobachtende vehementere Ablehnung aller drei Reformrichtungen bringt zum einen die insgesamt schlechtere finanzielle Lage der Menschen und die daraus sich ergebenden geringeren Spielräume zum Ausdruck, zum anderen eine allgemein vorherrschende Skepsis gegenüber einer stärker auf Eigenverantwortung setzenden Sozialpolitik.

Tabelle 3: Reformrichtungen im Gesundheitswesen (Zustimmung, in %)

	West	Ost
Die Leistungen sollten eingeschränkt werden, um die Beiträge stabil zu halten	23	18
Es sollten höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen erbracht werden, um das Gesundheitswesen zu entlasten	27	16
Es ist besser, wenn man einen Teil der Gesundheitsvorsorge selbst regeln kann. Dann kann man seinen Bedarf selbst bestimmen	61	55
Alle sollten den gleichen Geldbetrag zahlen, denn die Leistungen sind auch für alle gleich.	32	37
Nicht nur Löhne und Gehälter, sondern alle Einkommensarten sollten zur Finanzierung der Gesetzlichen KV beitragen.	58	61

Quelle: EZS 2005

Die gesetzliche Krankenversicherung zeichnet sich durch eine starke Orientierung am Solidarprinzip aus, bei der die Leistungen für alle gleich sind, während die Beiträge an die Höhe der Einkommen gekoppelt werden. Neben den oben behandelten Reformmaßnahmen gibt es Überlegungen zur Veränderung dieser Finanzierungsweise. Zum einen wird unter der Bezeichnung „Gesundheitsprämie“ eine Entkopplung der Beiträge vom Einkommen diskutiert, zum anderen wird mit der „Bürgerversicherung“ der Vorschlag gemacht, das Solidarprinzip auf weitere Einkommensarten auszuweiten. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung zum großen Teil am Modell des Solidarprinzips festhält und eine Abkehr davon nicht akzeptiert. Gerade mal ein Drittel stimmt der Aussage zu, dass „alle (...) den gleichen Geldbetrag zahlen (sollten), denn die Leistungen sind auch für alle gleich“. Dagegen begrüßt eine Mehrheit von 60% die Idee, neben Löhnen und Gehältern alle Einkommensarten zur Finanzierung hinzuzuziehen.

Durch die Einstellungen zu den Reformmaßnahmen kann die Beurteilung der Idee einer stärkeren Eigenverantwortung präzisiert werden. Sobald hiermit konkret höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen sowie eine Relativierung traditioneller Sozialstaatsprinzipien verbunden sind, verwandelt sich die Einschätzung von einer grundsätzlichen Zustimmung in eine tendenzielle Ablehnung.

Leistungsfähige befürworten eher mehr Eigenvorsorge, Schwächere fordern Versorgung

In der vorhergehenden Darstellung wurden Einstellungen zu grundlegenden Elementen des Wandels von einer versorgenden zu einer eher aktivierenden Sozialpolitik aufgezeigt. Im letzten Schritt wird nun untersucht, ob sich Polarisierungstendenzen in der Zustimmung bzw. Ablehnung beider Sozialstaatsmodelle

zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erkennen lassen. Hierfür wurden polarisierende Ansichten aus der Untersuchung zu Deutungsmustern einer entweder „liberal-aktivierenden“ oder einer „egalitär-versorgenden“ Sozialpolitik verdichtet.³

Grundsätzlich lassen sich diese Einstellungsmuster einerseits aus den spezifischen Interessen und der Nutzenorientierung der Menschen, andererseits aus grundlegenden Normen und Werten erklären, die wiederum in Wechselwirkung zueinander stehen (vgl. Andreß/Heien/Hofäcker 2001). Um ein umfassendes Bild der Determinanten sozialstaatlicher Einstellungen zu erhalten, wird daher der Einfluss der sozioökonomischen Lage, des subjektiven Wohlbefindens sowie von sozialisatorischen Effekten in einem linearen Regressionsmodell überprüft.

Zunächst lässt sich festhalten, dass sowohl kulturelle als auch strukturelle Bestimmungsfaktoren teilweise erklären, welches Deutungsmuster von den Bürgern vertreten wird (Tabelle 4). Einen durchgängig starken Einfluss haben vor allem das Haushaltseinkommen und die subjektive Lebenszufriedenheit, wobei sich der erwartbare Effekt zeigt: Diejenigen, die objektiv zu den Gewinnern der Gesellschaft zählen bzw. sich als solche wännen, befürworten einen liberal-aktivierenden Sozialstaat, während die strukturell weniger Leistungsfähigen bzw. eher Unzufriedenen sich eine weiterhin umfassend absichernde Sozialpolitik wünschen, wobei dies gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland zutrifft.

Des Weiteren befürworten Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Frauen eine umfassendere Sozialpolitik. Während letzteres als geschlechterspezifischer Sozialisierungseffekt interpretiert werden kann, führt höhere Bildung offenkundig stärker zu dem subjektiven Gefühl der „Gestaltbarkeit“ des eigenen

Lebens, das die Akzeptanz von Eigenverantwortung fördert. Dies trifft ebenso auf die Selbstständigen zu, deren Selbstverständnis, sich für die eigene Position und soziale Lage verantwortlich zu sehen sich vor allem vor dem Hintergrund der ostdeutschen Erfahrungen sehr stark auswirkt. Demgegenüber spielt der Status einer abhängigen Beschäftigung, der vor allem die Ablehnung größerer Eigenvorsorge und Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung erklärt, nur im Westen eine Rolle. Insbesondere die westdeutschen Erwerbstätigen scheinen somit die Kosten des Sozialstaats in den Blick zu nehmen und sich von einer aktivierenden Sozialpolitik keine Entlastung zu versprechen.

Die Erwartungen an eine versorgende, auch Einkommensdifferenzen ausgleichende Sozialpolitik sind im Osten grundsätzlich deutlich höher. Damit bestätigt sich, dass die ostdeutsche Bevölkerung nach wie vor eine stärker egalitäre Einstellung hat und insbesondere die Rolle des Staates für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit für wichtiger erachtet. Unterstrichen wird dies durch den Einfluss der Altersvariable: Während in Ostdeutschland mit zunehmendem Alter der Wunsch nach einem egalitär-versorgenden Sozialstaat zunimmt, ist dieser Effekt im Westen weitaus geringer. Die Vorstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit und zum Staatsinterventionismus sind hier möglicherweise ein Indiz für das kognitive Erbe der Sozialisierungserfahrungen in der ehemaligen DDR, das jedoch zunehmend geringere Relevanz zu besitzen scheint. Bislang wurde das über alle sozialen Gruppen hinweg wahrgenommene Gefühl einer kollektiven Benachteiligung als Erklärung für die geringere Varianz ostdeutscher Einstellungen herangezogen (vgl. Braun 1998); die in der vorliegenden Analyse größere Varianz ostdeutscher Einstellungen stützt diese Annahme nicht. Dies deutet auf ein Aufbrechen kollektiver Überzeugungen und sich vergrößernde Interessenkonflikte zwischen den sozialen Gruppen hin, womit auch ein Schwinden der ostdeutschen „Wirmentalität“ verbunden sein dürfte.

Der Sozialstaat als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken genießt nach wie vor hohe Wertschätzung. Allerdings wird der konkreten sozialstaatlichen Praxis teilweise Kritik und Misstrauen entgegengebracht.

Eine aktivierende Sozialpolitik stößt auf begrenzte Akzeptanz in der Bevölkerung; der Gedanke größerer Eigenverantwortung findet dann Zustimmung, wenn keine konkrete finanzielle Belastung droht. Zugleich werden hohe und umfassende Wohlfahrtsansprüche aufrechterhalten, für deren Befriedigung nach wie vor der Staat verantwortlich gesehen wird.

Angesichts konkurrierender Gestaltungsmodelle und zugrunde liegender Gerechtigkeitsvorstellungen scheint der in der Vergangenheit starke sozialstaatliche Konsens etwas zu

Tabelle 4: Einflussgrößen sozialstaatlicher Deutungsmuster in Ost und West (Multiple lineare Regressionen)

		GESAMT		WEST		OST	
		aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend
Ostdeutsch	β	-.07***	.11***				
Haushaltseinkommen	β	.09***	-.14***	.09***	-.13***	.07**	-.14***
Erwerbstätig	β	-.10***	.04*	-.12***	.05*	-.02	.01
Selbstständig	β	.05**	-.07***	.03	-.06*	.13***	-.17***
Alter	β	-.02	.09***	-.01	.07**	-.07**	.26***
Weiblich	β	-.08***	.13***	-.08***	.14***	-.08***	.08***
Bildung: hoch	β	.06***	-.18***	.08***	-.19***	-.01	-.17***
Haushalte mit Kindern	β	-.01	-.01	-.02	.00	.00	-.07**
Gerechter Anteil	β	.07***	-.14***	.06**	-.14***	.13***	-.14***
Zufriedenheit	β	.08***	-.10***	.07**	-.11***	.14***	-.11***
R ²		.072	.198	.061	.172	.104	.272
adj. R ²		.069	.197	.057	.168	.100	.269
N		4230	4230	2074	2074	2066	2066

* p ≤ .05, ** p ≤ .01, *** p ≤ .001. Fehlwerte: fallweise eliminiert. Alle Berechnungen mit gewichteten Fällen durchgeführt.

Quelle: EZS 2005

erodieren. Die Zustimmung zu dem jeweiligen Sozialstaatsmodell hängt dabei in hohem Maße von der sozioökonomischen Lage und der subjektiven Zufriedenheit ab, während zugleich sozialisationsbedingte Ost-West-Differenzen im Zeitverlauf abnehmen. Dies wiederum legt den Schluss nahe, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse der Bevölkerung und eine Verschärfung bestehender Verteilungskonflikte zu einer größeren Polarisierung sozialstaatlicher Einstellungen führen werden.

- 1 Die Operationalisierung knüpft an das Instrument „Gerechtigkeitsideologien“ des International Social Justice Project an. Unser Dank gilt der Arbeitsgruppe International Social Justice Project (ISJP), die uns die Auswertungen der vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt hat.
- 2 Bereits in der Vergangenheit war stets eine überwältigende Mehrheit von rund 90% der Menschen der Auffassung, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat (vgl. Statistisches Bundesamt 2004: 653).
- 3 Für die „liberal-aktivierende“ Sozialpolitik wurden folgende Items zu einem Index verdichtet: die Akzeptanz einer in Zukunft größeren Eigenverantwortung, eine hohe Bedeutung der Förderung von mehr Eigenverantwortung, die Akzeptanz von Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen und der individuellen Regelung des eigenen

Versicherungsstatus sowie individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen. Die „egalitär-versorgende“ Sozialpolitik wurde mit folgenden Items gemessen: dem Wunsch nach hoher Intensität staatlicher Sozialpolitik und der Verringerung von Einkommensdifferenzen, eine hohe Bedeutung der Sicherung von Lebens- und Versorgungsstandards, die Ausweitung der Versicherungspflicht im Gesundheitswesen auf Beamte und Selbstständige sowie egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen. Zugrunde liegt in beiden Fällen die Erkenntnis, dass die Förderung nach beispielsweise überdurchschnittlich hohen Staatsausgaben auch häufiger vom Wunsch nach Verringerung der Einkommensunterschiede und einer umfassenden Versicherungspflicht im Gesundheitswesen begleitet werden, die Befragten also weitgehend konsistente sozialstaatliche Einstellungen entwickeln.

Andreß, Hans-Jürgen, Heien, Thorsten, Hofäcker, Dirk, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Braun, Michael, 1998: Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland. S. 115-138 in: Michael Braun, Peter Mohler (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Krömmelbein, Silvia, Bieräugel, Roland, Glatzer, Wolfgang, Nüchter, Oliver, Schmid, Alfons, 2006: Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung (im Erscheinen).

Leisering, Lutz, 2004: Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats. S. 29-68 in: Stefan Liebig, Holger Lengfeld, Steffen Mau (Hg.), Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Mühleck, Kai, 2003: Stabilität von Einstellungen. Gerechtigkeitsideologien im ISJP-Panel 2000-2002. ISJP Arbeitsbericht Nr. 97. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, Christoph, Bernhard, 2004: Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. S. 97-125 in: Rüdiger Schmitt-Beck, Martina Wasmer, Achim Koch (Hg.), Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit Allbus-Daten aus zwei Jahrzehnten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

■ **Silvia Krömmelbein und Oliver Nüchter (unter Mitarbeit von Roland Bieräugel), Universität Frankfurt**
Tel.: 069 / 798-23843
kroemmelbein@em.uni-frankfurt.de
ol.nuechter@em.uni-frankfurt.de

„Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“

Eine deutsch-italienische Tagung der Villa Vigoni

In der Villa Vigoni fand vom 26.-28. März eine Tagung zum Thema „Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“ statt, die das Kuratorium des Deutsch-Italienischen Zentrums mit Blick auf die zunehmende Bedeutung von Aktivitäten der Sozialberichterstattung in einem sozialen Europa initiiert hatte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vergleich des italienischen Censis-Reports mit dem deutschen Datenreport. Der Censis-Report wird bereits seit 40 Jahren von dem in Rom ansässigen Censis-Institut jährlich veröffentlicht und genießt in der italienischen Öffentlichkeit eine große Aufmerksamkeit. Der Datenreport als die bedeutendste Publikation zur Sozialberichterstattung in Deutschland ist 1983 erstmals erschienen und wird von der Bundeszentrale für Politische Bildung alle zwei Jahre veröffentlicht. Seit 1993 wird er vom Statistischen Bundesamt zusammen mit dem WZB und ZUMA herausgegeben.

Die Tagung befasste sich mit den Zielsetzungen, der Geschichte, der Struktur, den Berichterstattungsformen sowie der Nutzung und Wirkung der beiden Reports. Neben einleitenden Vorträgen der Herausgeber stand zu Beginn die Frage im Vordergrund, welches Bild der aktuellen Situation und des Wandels der deutschen und italienischen Gesellschaft in den jeweiligen Reports vermittelt wird. Vertieft wurde der Vergleich durch eine Reihe von Vorträgen, die ausgewählte gesellschaftliche Probleme und Aspekte der sozialen Situation in beiden Gesellschaften thematisierten. Abschließend wurden Perspektiven der Weiterentwicklung beider Reports sowie darüber hinaus auch Perspektiven der nationalen und supranationalen Sozialberichterstattung in Europa diskutiert.

Zu den Teilnehmern der Tagung gehörten neben Herausgebern und Autoren der beiden

Reports auch deren Nutzer sowie weitere Experten der Sozialberichterstattung und Sozialstrukturanalyse aus verschiedenen italienischen und deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Auch die Deutsche Botschaft war vertreten. Die Tagung wurde von Aldo Venturelli (Villa Vigoni) unter Beteiligung von Carla Collicelli (Censis) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt.

Für das Frühjahr 2007 ist eine weitere Tagung in der Villa Vigoni geplant, auf der die begonnene Diskussion unter Einbeziehung von Akteuren der Sozialberichterstattung aus weiteren europäischen Ländern fortgesetzt werden soll.

Eine neue Ausgabe des Datenreports, der Datenreport 2006, wird am 13. September in der Bundespressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und ist danach als Printausgabe erhältlich sowie in einer PDF-Version auch Online verfügbar.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Deutsche erwarten kaum Besserung für die Zukunft

Bewertung der Lebensbedingungen im europäischen Vergleich

Die Europäische Union hat sich im Rahmen des Neustarts des Lissabon-Prozesses unter dem Motto „Wachstum und Beschäftigung“ die Verbesserung der Lebensbedingungen, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung als Ziele auf die Fahnen geschrieben. Die schrittweise Erreichung dieser Ziele wird regelmäßig durch eine Reihe unterschiedlicher Indikatoren gemessen und überprüft, die üblicherweise objektiver Natur sind und den Fortschritt anhand von Kennzahlen zu Lebensbedingungen messen. Seltener betrachtet werden hingegen subjektive Einschätzungen seitens der europäischen Bürger, denen sich der folgende Beitrag widmet. Im Zusammenhang mit dem Lissabon-Prozess wurde im Herbst 2005 ein Set von Fragen in die Eurobarometer-Umfragen eingeschaltet, das die Einschätzung der Bürger zur Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit erhebt. Zudem werden die Bürger seit 1997 gefragt, ob sich ihre persönliche Situation in der Vergangenheit verändert hat und wie sie sich in Zukunft entwickeln wird. Die Einschätzungen zur persönlichen Situation werden zunächst im Ländervergleich betrachtet und mit den Bewertungen und Erwartungen zu Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung in Zusammenhang gebracht. Anschließend wird für Deutschland untersucht, wie die Bürger ihre persönliche Situation im Zeitverlauf beurteilen und welche Unterschiede es dabei zwischen Bevölkerungsgruppen gibt. Eine Fragestellung dabei ist, warum die Beurteilung der persönlichen Situation in Deutschland so negativ ausfällt.

Der nachfolgende Beitrag stellt die Bewertungen der persönlichen Situation in den Mittelpunkt. Zunächst sollen die Befragten einschätzen, ob sich ihre persönliche Situation verglichen mit der vor 5 Jahren verbessert hat, ungefähr gleich geblieben ist oder sich verschlechtert hat. Anschließend werden sie gefragt, ob ihre persönliche Situation in den nächsten 5 Jahren besser, gleich oder schlechter sein wird. Diese beiden Fragen wurden seit 1997 wiederholt in den Eurobarometer-Umfragen gestellt und stellen zwei Indikatoren dar, die summarisch die wahrgenommenen Veränderungen der persönlichen Lebenssituation retrospektiv und prospektiv erfassen.

In Deutschland kaum Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse

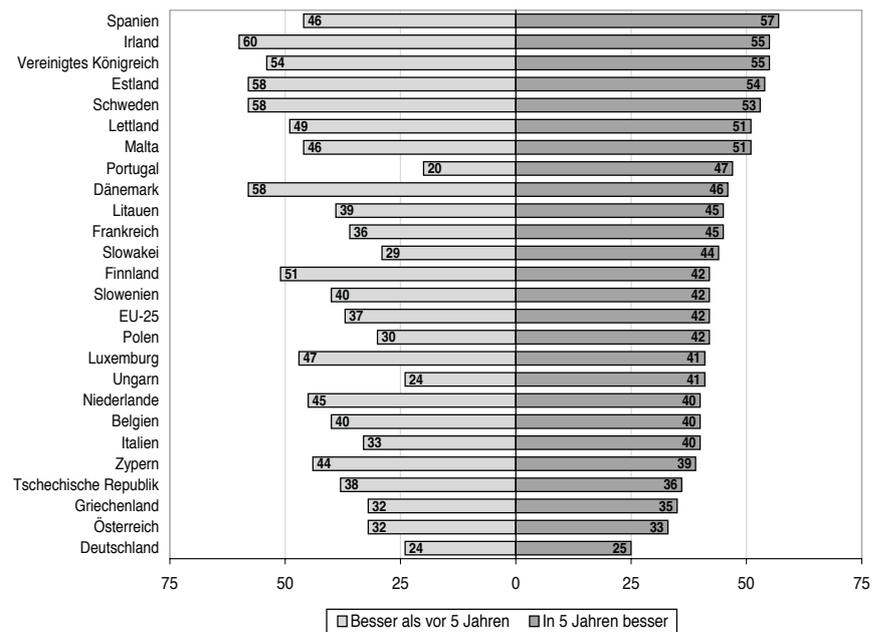
Grafik 1 stellt auf der linken Seite die Anteile von Befragten in den EU-Ländern dar, die ihre gegenwärtige Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahren als besser einschätzen. Bei der Betrachtung der Rangfolge wird deutlich, dass die Länderniveaus die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung widerspiegeln. Wo starkes Wachstum herrscht, sehen auch viele Bürger, dass sich ihre Lebensverhältnisse verbessern. Umgekehrt nehmen in Ländern, in denen die Wirtschaft stagniert oder eine Phase der Rezession durchläuft, nur wenige Bürger eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation wahr. Am häufigsten sehen die Bürger eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse in Irland (60%), das in den letzten Jahren eine außergewöhnliche wirtschaftliche Entwicklung an den Tag gelegt hat und die höchsten Wachstumsraten unter den westlichen EU-Ländern aufweist. Unter den vordersten Plätzen befinden sich auch die baltischen Staaten Estland (58%) und Lettland (49%), die im Jahr 2005 die höchsten

Wachstumsraten der EU hatten, und die nordischen Länder Schweden, Dänemark (je 58%) und Finnland (51%) sowie das Vereinigte Königreich (54%), deren Wirtschaft sich ebenfalls positiv entwickelt hat. Am seltensten sehen die Bürger eine Verbesserung der persönlichen Situation in Portugal (20%), Deutschland und

Ungarn (je 24%) sowie weiteren postkommunistischen und südeuropäischen Ländern. Die Tatsache, dass Deutschland sich auf dem zweitletzten Platz dieser Rangreihe befindet, wird mit Blick auf die anhaltend schwierige wirtschaftliche Situation verständlich. Auch Österreich (32%) und Frankreich (36%), die unter ähnlichen Problemen leiden, liegen unter dem EU-Durchschnitt.

Auf der rechten Seite von Grafik 1 sind die Anteile von Befragten abgebildet, die eine Verbesserung der persönlichen Situation in den nächsten 5 Jahren erwarten. Schon der optische Eindruck zeigt, dass der Blick in die Zukunft nur bedingt eine Fortschreibung der rückblickenden Beurteilung ist. Besonders große Zuversicht äußern Spanier (57%), Briten und Iren (je 55%), aber auch Esten (54%), Schweden (53%) und Letten (51%) – allesamt Länder, in denen auch rückblickend viele Bürger eine Verbesserung ihrer Situation erfahren haben. Aber auch in einigen Ländern, in denen eher wenige von Verbesserung sprechen, sind die Erwartungen vergleichsweise hoch. Dies gilt für Portugal, Ungarn, die Slowakei, Polen und Frankreich. Deutschland ist bei der prospektiven Beurteilung der persönlichen Lebensumstände das Schlusslicht in der EU: Nur ein Viertel der Befragten (25%) erwartet eine Verbesserung ihrer persönlichen Verhältnisse in den kommenden 5 Jahren. Damit hält sich das Ausmaß der Verbesserungen in Rückschau und Vorausschau auf sehr niedrigem Niveau die Waage, was ähnlich auch in Österreich, Griechenland und Tschechien der Fall ist.

Grafik 1: Entwicklung der persönlichen Situation in Vergangenheit und Zukunft (2005)



Retrospektiv (linke Seite): „Wenn Sie Ihre gegenwärtige Situation mit der vor 5 Jahren vergleichen: Würden Sie dann sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder sie hat sich verschlechtert?“ Prospektiv (rechte Seite): „Und wenn Sie an die nächsten 5 Jahre denken: Erwarten Sie, dass sich Ihre persönliche Situation verbessert, dass sie ungefähr gleich bleibt oder dass sie sich verschlechtert?“ Dargestellt sind jeweils die Prozentanteile „verbessert“.

Quelle: Eurobarometer 63 (2005)

Tabelle 1: Bewertung der Lebensbedingungen in Gegenwart und Zukunft, 2005 (in %)

	Gegenwärtig sehr/ziemlich gut			In 5 Jahren viel/etwas besser (+) oder viel/etwas schlechter (-)					
	Wirtschaft	Arbeits- markt	Soziale Sicherheit	Wirtschaft		Arbeits- markt		Soziale Sicherheit	
				+	-	+	-	+	-
Finnland	82	31	89	55	33	55	36	38	49
Schweden	60	19	62	55	32	52	38	38	49
Dänemark	94	68	85	60	19	51	30	45	32
Vereinigtes Königreich	69	58	55	47	28	43	34	47	30
Irland	90	83	63	56	18	50	21	51	18
Niederlande	53	38	62	71	18	61	28	27	62
Belgien	39	16	80	50	33	46	42	42	36
Luxemburg	88	51	89	34	35	27	50	30	34
Frankreich	22	4	66	41	33	38	42	35	42
Deutschland	18	2	50	53	30	45	37	28	52
Österreich	60	39	80	48	25	40	35	31	38
Italien	22	20	38	40	42	44	38	41	27
Spanien	56	32	49	58	16	56	18	57	16
Portugal	4	3	18	45	31	44	32	43	30
Griechenland	13	6	23	35	40	34	43	38	38
Estland	59	25	22	75	13	68	18	72	15
Lettland	20	12	12	72	12	69	14	67	14
Litauen	36	23	23	72	9	70	11	67	13
Polen	20	3	11	52	34	56	26	50	28
Tschechische Republik	36	14	35	63	21	56	29	45	38
Slowakei	22	6	12	60	24	60	27	50	35
Slowenien	49	17	46	61	18	53	29	48	31
Ungarn	14	5	16	52	28	44	33	49	29
Malta	21	18	50	56	21	48	30	52	20
Zypern	65	41	71	44	39	29	55	52	23
EU-25	36	21	47	50	30	47	33	41	35
EU-15	38	23	53	49	30	46	35	39	37
Neue Mitgliedsstaaten	24	8	18	56	28	56	27	51	29

Gegenwart: „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste: sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht?“ Dargestellt sind die Anteile ‚sehr/ziemlich gut‘. Zukunft: „Und wenn Sie an die nächsten 5 Jahre denken: Erwarten Sie, dass die Situation in den folgenden Bereichen viel besser, etwas besser, etwas schlechter oder viel schlechter sein wird als zur Zeit?“ Dargestellt sind die Anteile ‚viel/etwas besser‘ und ‚viel/etwas schlechter‘.

Die Lage der deutschen Wirtschaft; die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland; die soziale Sicherheit in Deutschland.

Quelle: Eurobarometer 63 (2005)

Diese geringen Anteile positiver Beurteilungen der persönlichen Verhältnisse in Rück- und Vorausschau lassen vermuten, dass die Deutschen die objektiven Lebensbedingungen als so schlecht bewerten, dass eine Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse weitgehend ausgeschlossen erscheint. Um dieser Vermutung nachzugehen, stellen wir die Beurteilung der persönlichen Situation den Bewertungen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit gegenüber. In Tabelle 1 wird zunächst dargestellt, wie die Bewertung dieser drei Bereiche in den EU-Ländern ausfällt. Dargestellt sind zunächst die Anteile der Befragten, die die gegenwärtige Lage von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit als ‚sehr gut‘ oder ‚ziemlich gut‘ bewerten. Daneben werden die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung angegeben, nämlich die Anteile der Befragten, die eine Verbesserung oder Verschlechterung im jeweiligen Bereich erwarten.

Die neuen EU-Länder erwarten verbesserte Lebensbedingungen

Die besten Beurteilungen über alle drei Bereiche hinweg finden sich in Dänemark und Luxemburg. Auch in Finnland (Wirtschaft und soziale Sicherheit) und in Irland und dem Vereinigten Königreich (Wirtschaft und Arbeitsmarkt) wurden die Lebensbedingungen als überdurchschnittlich gut beurteilt. Als besonders schlecht werden die Lebensbedingungen in Portugal, Griechenland und Italien, aber insbesondere auch in Deutschland beurteilt. Insbesondere die Lage am Arbeitsmarkt wird von den Deutschen durchgehend als schlecht bezeichnet. Auch in Frankreich sind die Beurteilungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sehr kritisch. Nur bei den Neumitgliedern sind Bewertungen insgesamt noch schlechter. Die besten Bewertungen in allen drei Bereichen finden sich in Zypern sowie in Estland und Litauen (Wirtschaft und Arbeitsmarkt) und

Slowenien (Wirtschaft und soziale Sicherheit), die schlechtesten in Ungarn, Polen, Lettland und der Slowakei.

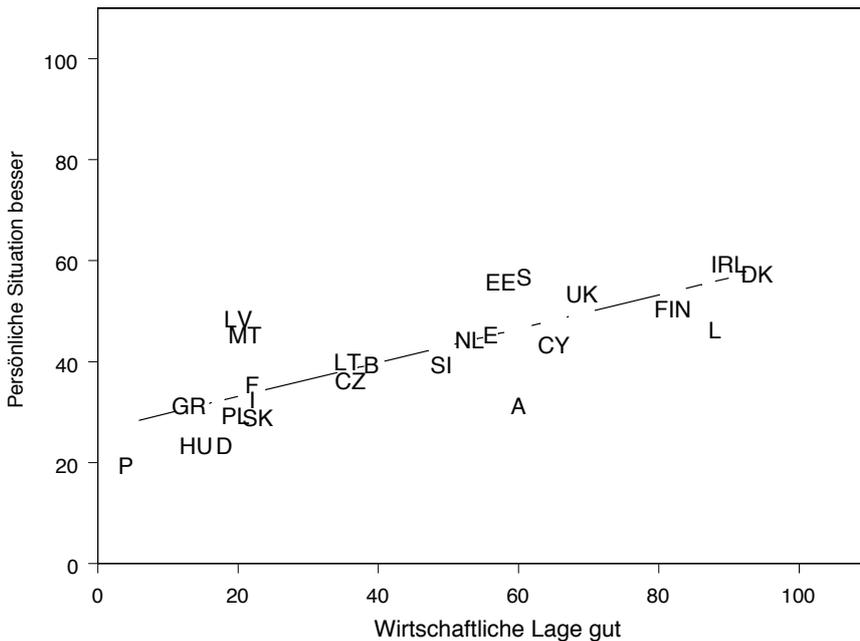
Während die Bewertungen der gegenwärtigen Lebensbedingungen in den alten EU-Ländern besser sind als in den neuen Mitgliedsstaaten, verkehren sich die Verhältnisse, wenn es um Erwartungen für die Zukunft geht: In allen drei Bereichen zeigen die Bürger der neuen Mitgliedsstaaten deutlich mehr Zuversicht auf Verbesserung als die Bürger der alten EU-Länder. Mit Abstand die größte Zuversicht äußern die Bürger der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, in denen breite Mehrheiten eine Verbesserung der Verhältnisse in allen drei Bereichen erwarten. Verbesserung bei Wirtschaft und Arbeitsmarkt erwarten auch die Tschechen und Slowaken. Etwas gedämpfter fallen die Erwartungen in Ungarn sowie in Zypern und Malta aus. Fast ausnahmslos erwarten jedoch in allen neuen Mitgliedsländern mehr Bürger Verbesserung als Verschlechterung der objektiven Lebensbedingungen. Die Bürger der alten Mitgliedsländer erwarten insgesamt seltener, dass sich die Lebensbedingungen in der Zukunft verbessern. Bisweilen überwiegt gar der Anteil derjenigen, die eine faktische Verschlechterung erwarten, insbesondere bei der sozialen Sicherung. In den Niederlanden und in Deutschland äußert hier über die Hälfte der Bürger negative Erwartungen, aber auch in Finnland, Schweden, Frankreich, Österreich und Luxemburg wird häufiger Verschlechterung als Verbesserung erwartet.

Verbesserung der persönlichen Verhältnisse nur bei guter wirtschaftlicher Lage

Der Fall Deutschland gab Anlass zur Vermutung, dass die Beurteilung der persönlichen Situation mit der Bewertung der objektiven Lebensbedingungen in Zusammenhang steht. Wenn dies gilt, so müsste sich der Zusammenhang auf die anderen EU-Länder übertragen lassen. Fraglich ist dann, welche Aspekte der objektiven Lebensbedingungen für die Bewertung der persönlichen Verhältnisse relevant sind. Die retrospektive Bewertung der persönlichen Situation scheint, wie oben berichtet, mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes verknüpft zu sein. Diese Vermutung bestätigt sich, wie Grafik 2 zeigt. In Ländern, in denen die wirtschaftliche Lage positiv beurteilt wird, sehen auch die Bürger im Rückblick verstärkt eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation. Beispielhaft sind hier Dänemark, Irland, Luxemburg und Finnland zu nennen. Hingegen wird dort, wo die Lage der Wirtschaft negativ bewertet wird, nur selten von einer Verbesserung der persönlichen Verhältnisse berichtet. Dies trifft vor allem auf Portugal und Griechenland sowie auf Ungarn, Polen und die Slowakei zu. Aber auch Deutschland gehört in diese Gruppe mit schlechter Beurteilung der Wirtschaft und geringer Verbesserung der persönlichen Situation.

Die Ergebnisse zur Entwicklung der zukünftigen persönlichen Situation deuten hingegen

Grafik 2: Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage im Land und der Entwicklung der persönlichen Situation in den letzten 5 Jahren (2005)



Dargestellt sind die Prozentanteile „Wirtschaftliche Lage im Land ist sehr gut/ziemlich gut“ und „Meine persönliche Situation hat sich verbessert“.

Länder: A=Österreich, B=Belgien, CZ=Tschechische Republik, CY=Zypern, D=Deutschland, DK=Dänemark, E=Spanien, EE=Estland, F=Frankreich, FIN=Finnland, GR=Griechenland, HU=Ungarn, I=Italien, IRL=Irland, L=Luxemburg, LT=Litauen, LV=Lettland, MT=Malta, NL=Niederlande, P=Portugal, PL=Polen, S=Schweden, SI=Slowenien, SK=Slowakei, UK=Vereinigtes Königreich.

Quelle: Eurobarometer 63 (2005)

Vor diesem Hintergrund soll die Situation in Deutschland detaillierter betrachtet werden. Dabei stellt sich zunächst die Frage, wie sich Bewertungen und Erwartungen zur persönlichen Situation im beobachteten Zeitverlauf verändert haben. Handelt es sich bei der negativen Einschätzung der persönlichen Situation um ein einmaliges, durch aktuelle Konstellationen bedingtes Phänomen (z.B. Hartz IV-Debatte) oder zeigt sich hier eine dauerhafte Stimmung? Und wie stellt sich die Situation dar, wenn man auch diejenigen berücksichtigt, die von einer gleichbleibenden oder einer sich verschlechternden persönlichen Situation sprechen?

Nur ein Viertel der Deutschen erwartet Verbesserung der persönlichen Situation

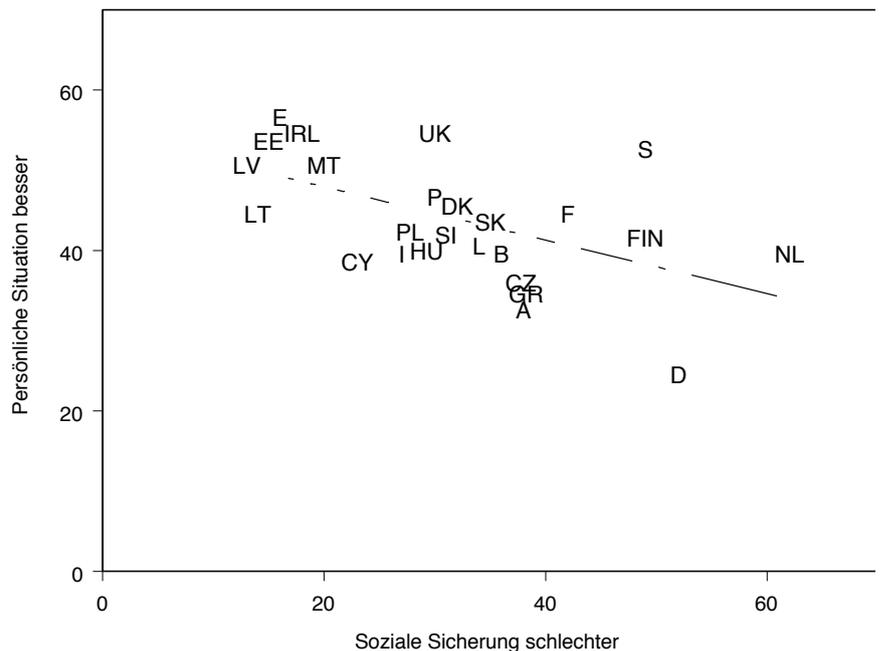
Die Veränderungen in der retrospektiven Bewertung der persönlichen Situation zwischen 1997 und 2005 sind in Grafik 4 dargestellt. Der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung wahrgenommen haben, beträgt jeweils ca. ein Fünftel bis ein Viertel und hat sich im Zeitverlauf nicht wesentlich verändert. Der Anteil derjenigen, die ihre persönliche Situation als unverändert bezeichnen, hat sich dagegen seit 2004 deutlich vermindert, nämlich von rund der Hälfte auf gut ein Drittel der Befragten. Zugleich ist der Anteil der Befragten, die eine Verschlechterung ihrer persönlichen Situation sahen, auf gut ein Drittel gestiegen. Damit wird deutlich, dass sich bei den deutschen Bürgern vor allem in den letzten beiden Jahren der Eindruck einer Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse verfestigt hat. Auch bei den Erwartungen zur Entwicklung der persönlichen Situation in den folgenden 5 Jahren (Grafik 5), zeigen sich die Veränderun-

auf einen anderen Zusammenhang hin. Die Erwartungen in den reichen Ländern sind hier eher gedämpft, in den neuen Mitgliedsländern hingegen vergleichsweise hoch. Ähnliche Unterschiede waren bei den Erwartungen zur Entwicklung der sozialen Sicherung in den nächsten 5 Jahren zu Tage getreten. Stellt man die Bewertungen beider Bereiche einander gegenüber (Grafik 3), so zeigt sich, dass prospektive Beurteilungen der persönlichen Situation oft von der erwarteten Entwicklung der Lebensbedingungen beeinflusst werden. In den Ländern, in denen eine Verschlechterung der sozialen Sicherung erwartet wird, rechnen deutlich weniger Befragte mit einer Verbesserung ihrer persönlichen Verhältnisse als in den Ländern, in denen die Bürger eine Verbesserung der sozialen Sicherung erwarten.

So wird in den drei baltischen Staaten sowie Irland und Spanien mehrheitlich eine Verbesserung der sozialen Sicherung erwartet, und entsprechend viele Bürger rechnen mit einer positiven Entwicklung ihrer persönlichen Verhältnisse. Anders sieht dies in den etablierten Wohlfahrtsstaaten aus, die sich allesamt mit der Notwendigkeit von Reformen des Sozialstaats konfrontiert sehen. Entsprechend antizipieren hier viele Bürger eine Verschlechterung der sozialen Sicherung. Am deutlichsten wird dies in den Niederlanden und, in noch extremerer Ausprägung, in Deutschland. Die Mehrheit der Bürger erwartet hier eine Verschlechterung der sozialen Sicherung und entsprechend rechnen wenige Bürger mit einer Verbesserung

ihrer persönlichen Verhältnisse. Die geringe Zuversicht der Deutschen hinsichtlich ihrer persönlichen Situation lässt sich so zumindest teilweise durch die negativen Erwartungen zur Entwicklung der sozialen Sicherung erklären.

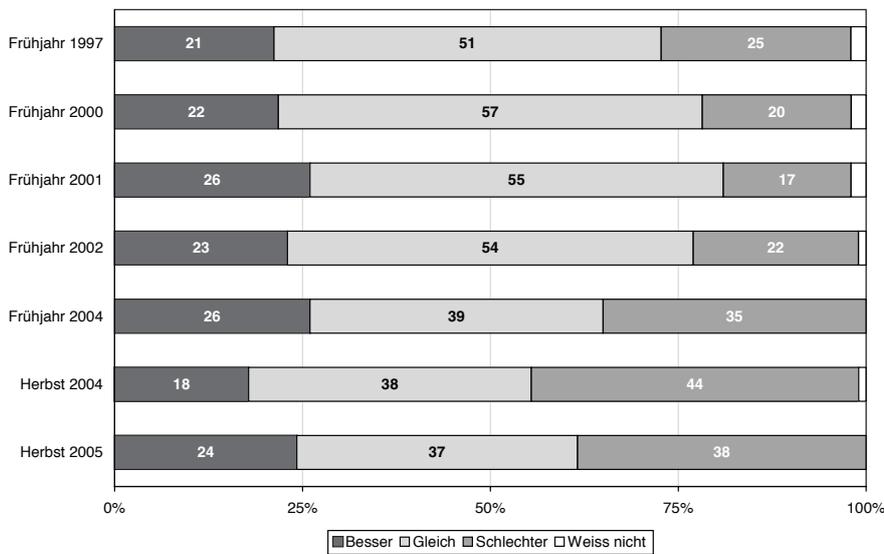
Grafik 3: Bewertung der sozialen Sicherung und der persönlichen Situation in den nächsten 5 Jahren (2005)



Dargestellt sind die Prozentanteile „Die soziale Sicherung wird viel besser/etwas schlechter sein“ und „Meine persönliche Situation wird sich verbessern“. Abkürzungen der Länder: siehe Grafik 2.

Quelle: Eurobarometer 63 (2005)

Grafik 4: Vergleich der gegenwärtigen persönlichen Situation mit der vor 5 Jahren, Deutschland 1997-2004



Quelle: Eurobarometer 47.1 (1997), 53 (2000), 55.1 (2001), 57.1 (2002), 61 und 62.1 (2004), 63 (2005)

gen vor allem darin, dass weniger Befragte von einer gleichbleibenden und mehr Befragte von einer verschlechterten persönlichen Situation ausgehen. Im Jahr 2005 erwartet nur etwa ein Viertel der Deutschen eine Verbesserung, die Hälfte gleichbleibende Verhältnisse und etwa ein Fünftel eine Verschlechterung. Wie düster die Erwartungen in der Tat sind, erweist sich darin, dass die Hoffnung auf Verbesserung der persönlichen Situation – wie eingangs demonstriert – geringer ist als in jedem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union. Dabei handelt es sich nicht nur um ein situationsgebundenes Stimmungsbild. Vielmehr hat schon seit längerem nur eine Minderheit der Deutschen eine Verbesserung der persönlichen Verhältnisse wahrgenommen, und die breite Mehrheit erwartet dies auch für die Zukunft nicht.

Bewertung der persönlichen Verhältnisse variiert mit Alter und sozialem Status

Abschließend soll untersucht werden, ob sich die Beurteilung der persönlichen Situation zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterscheidet und damit auf besondere Problemlagen in der deutschen Gesellschaft schließen lässt. Um verschiedene Faktoren gleichzeitig berücksichtigen zu können, wird dazu die Befragung aus dem Frühjahr 2004 herangezogen, einem Zeitpunkt, zu dem sich der Anteil von negativen Bewertungen und Erwartungen deutlich verstärkte. Außerdem wird zwischen den Befragten in West- und Ostdeutschland unterschieden, um systematische Unterschiede zwischen beiden Landesteilen erkennen zu können. Zum Zweck der Vergleichbarkeit der Gruppen wurden in Tabelle 2 die relativen Anteile in Bezug auf die jeweilige Gesamtbevölkerung berechnet. Bei einem Wert von 100 wird die Antwort häufig genannt wie in der Gesamtbevölkerung, bei einem Wert über 100 häufiger und bei einem Wert unter 100 seltener. Neben der bi-

variante Betrachtung wurden auch multivariate Analysen durchgeführt, die nicht eigens dokumentiert werden, aber in die Interpretation der Ergebnisse einfließen.

Insgesamt laufen Unterschiede in retrospektiven und prospektiven Einschätzungen der persönlichen Situation weitgehend parallel. Deutliche Unterschiede sind zwischen den Altersgruppen festzustellen, wobei die jüngste Gruppe deutlich überproportionale Anteile von Verbesserung aufweist. Je älter die Befragten, desto mehr verschieben sich die Antworten in Richtung auf gleichbleibende oder gar sich verschlechternde persönliche Verhältnisse. Offensichtlich haben junge Menschen noch erheblich mehr zu gewinnen, während alte Menschen mehr zu verlieren haben. Ausnahme von dieser Regel ist die Gruppe der 40-54-Jährigen in Ostdeutschland, die in der Rückschau häufiger von einer Verschlechterung ihrer

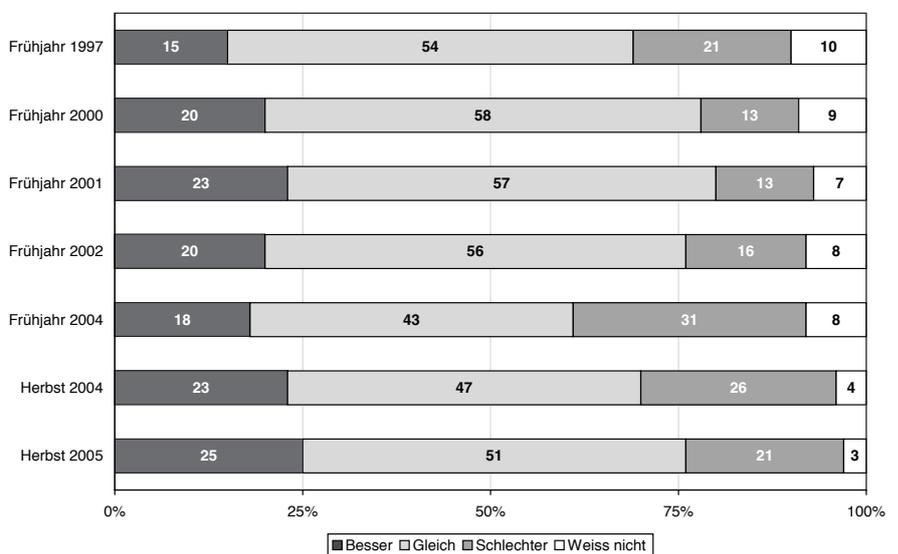
persönlichen Situation sprechen als die über 55-Jährigen, worin sich offenbar die besondere Problematik dieser Altersgruppe auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt.

Die Unterschiede zwischen Bildungs-, Erwerbs- und Einkommensgruppen weisen darauf hin, dass Bewertungen und Erwartungen zur persönlichen Situation stark vom sozialen Status bestimmt sind, wobei generell gilt: Je höher der Status gemessen an Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen, desto positiver die Urteile zur persönlichen Situation bzw. je niedriger der Status, desto häufiger wird von einer Verschlechterung der persönlichen Situation gesprochen. Diese Polarisierung zeigt sich bei den Bildungsgruppen am deutlichsten. Während Personen mit hoher Bildung überdurchschnittlich und Personen mit mittlerer Bildung durchschnittlich häufig von Verbesserung sprechen, herrscht bei Personen mit niedriger Bildung klar die Wahrnehmung von Verschlechterung vor, und das insbesondere mit Blick auf die Zukunft. Vor allem in Westdeutschland sind sich die Niedriggebildeten offensichtlich ihrer geringen Chancen bewusst, während andererseits aber auch die Hochgebildeten ihre Zukunft nicht unbedingt rosig sehen.

Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, beurteilen ihre Lage vor allem in Ostdeutschland besser als Nichterwerbstätige. Zwar beobachten wir in Westdeutschland die gleichen Zusammenhänge, doch sind diese in der multivariaten Betrachtung nicht signifikant. In Ostdeutschland hingegen ist die Erwerbstätigkeit ein eigenständiger Faktor, der über Verbesserung oder Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse entscheidet.

Das Einkommen beeinflusst vor allem die retrospektive Bewertung der persönlichen Situation. Am häufigsten haben Personen im obersten Einkommensquartil eine Verbesserung ihrer Situation festgestellt, am seltensten

Grafik 5: Erwartung zur persönlichen Situation in den nächsten 5 Jahren, Deutschland 1997-2004



Quelle: Eurobarometer 47.1 (1997), 53 (2000), 55.1 (2001), 57.1 (2002), 61 und 62.1 (2004), 63 (2005)

Tabelle 2: Relativer Anteil von Befragten mit verbesserter, gleichbleibender oder verschlechterter persönlicher Situation in Ost- und Westdeutschland (Gesamt = 100)

		Wahrgenommene Veränderung in den letzten 5 Jahren			Erwartete Veränderung in den nächsten 5 Jahren		
		Besser	Gleich	Schlechter	Besser	Gleich	Schlechter
Alter							
15-24 Jahre	West	215	89	56	247	62	65
25-39 Jahre		126	103	86	127	107	65
40-54 Jahre		94	97	106	82	106	07
55+ Jahre		41	104	123	37	104	135
15-24 Jahre	Ost	279	102	34	253	80	38
25-39 Jahre		137	93	94	135	102	82
40-54 Jahre		47	93	124	69	108	109
55+ Jahre		39	109	113	35	101	131
Bildungsgrad							
Hoch	West	155	93	83	100	107	91
Mittel		97	100	102	99	109	84
Niedrig		30	103	128	36	92	158
Hoch	Ost	150	91	91	120	09	92
Mittel		81	97	109	92	101	105
Niedrig		46	115	107	51	98	119
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	West	127	98	90	110	107	82
Nicht erwerbstätig		71	102	110	89	93	119
Erwerbstätig	Ost	151	115	74	113	118	72
Nicht erwerbstätig		66	90	117	91	88	119
Einkommensquartil							
Viertes Quartil	West	154	114	64	114	116	84
Drittes Quartil		98	114	89	110	110	82
Zweites Quartil		69	100	114	70	101	117
Erstes Quartil		97	77	122	115	81	115
Viertes Quartil	Ost	170	112	67	137	114	71
Drittes Quartil		86	115	95	101	94	103
Zweites Quartil		51	103	114	71	108	117
Erstes Quartil		114	77	112	111	84	113

Datenbasis: Eurobarometer 61 (2004).

diejenigen im zweiten Quartil. Auffallend ist die Bewertung der Veränderung in der niedrigsten Einkommensgruppe. Personen im untersten Quartil sprechen häufiger von Verbesserung, insbesondere in Ostdeutschland, als Personen im zweiten Quartil. Dies deutet auf eine relative Verbesserung der persönlichen Verhältnisse im untersten Einkommensbereich hin. Entsprechend sind auch die Erwartungen für die Zukunft bei Personen im untersten Einkommensquartil deutlich höher als bei Personen im zweiten Quartil.

Die dargestellten Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die Bürger sich als Betroffene von veränderten objektiven Lebensbedingungen sehen. Ebenso geht die öffentliche Diskussion, die zunehmend von europäischen Vergleichsprozessen geprägt ist, in die Bewertungen der Bürger ein. Das Stichwort „Schlusslicht Europas“ findet sich entsprechend in den subjektiven Urteilen der deutschen Bürger wieder. Innerhalb Deutschlands zeigt der Vergleich von gesellschaftlichen Gruppen, dass sowohl die demographische Position (Alter) als auch der soziale Status (Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen) die Bewertung der persönlichen Verhältnisse beeinflussen. Dabei werden besondere Problemlagen deutlich, insbesondere die geringen Zukunftsperspektiven von Bürgern mit niedrigem Bildungsniveau in Westdeutschland und die herausragende Bedeutung von Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland.

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de

‘De sociale staat van Nederland 2005’

Bericht über Lebensbedingungen und Lebensqualität in den Niederlanden

Die Niederlande, deren soziale Ordnung in den 1990er Jahren oft als ‚Poldermodell‘ bezeichnet wurde, sind seit der Jahrtausendwende verstärkt mit den Problemen von wirtschaftlicher Rezession und Finanzierung des Sozialstaats konfrontiert. Wie sich die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Niederländer in den letzten 10 Jahren entwickelt haben, wird in dem Bericht ‚De sociale staat van Nederland 2005‘ (SSN) untersucht und dokumentiert. Der Bericht wird alle 2 Jahre vom Sociaal and Cultureel Planbureau (SCP) herausgegeben und soll nicht nur Entwicklungen der Lebensbedingungen und Lebensqualität im Allgemeinen beleuchten, sondern auch soziale Probleme identifizieren und die Erreichung von Politikzielen bilanzieren. Zielgruppen sind Parlament und Kabinett sowie neben weiteren politischen Akteuren die interessierte Öffentlichkeit.

Die Berichterstattung in ‚De sociale staat van Nederland 2005‘ umfasst neun Bereiche: Einkommen, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit,

Freizeit, Partizipation, Mobilität, Sicherheit und Kriminalität sowie Wohnen und Wohnumgebung. Zusätzliches Analyseinstrument ist der Index der Lebensbedingungen, in den Indikatoren aus den genannten Bereichen eingehen und der Vergleiche über die Zeit und zwischen sozialen Gruppen ermöglicht. Jedes Kapitel beginnt mit einer Auflistung der angestrebten Ziele staatlichen Handelns, die die Analyse des Themenbereichs strukturieren und deren Erreichung in einer Zusammenfassung diskutiert wird.

Das dem Bericht zugrunde liegende Sozialmodell stellt den Bürger mit seinen Ressourcen, die seine individuelle Lebensqualität beeinflussen (Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen), in den Mittelpunkt. Zusätzlich werden für die Lebensqualität relevante Aspekte der physischen und sozialen Umgebung berücksichtigt. Die Regierung greift dort unterstützend ein, wo sich soziale Benachteiligungen ergeben. Die Ziele staatlichen Handelns – Bekämpfung

von Armut und sozialer Benachteiligung, Anhebung des Bildungsniveaus und Schaffung von Arbeit – werden dabei durch die im Maastrichter und Amsterdamer Vertrag festgelegten sozialen Ziele der EU – Verbesserung der Lebensbedingungen, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung – ergänzt.

‚De sociale staat van Nederland 2005‘ steht unter www.socialestaat.nl zum download zur Verfügung. Eine Einführung in Zielsetzung und Methodik des SSN findet sich in J. Boelhouwer, T. Roes, 2004: The Social State of the Netherlands. S. 125-138 in Wolfgang Glatzer, Susanne von Below, Matthias Stoffregen (Hg.), Challenges for the Quality of Life in Contemporary Societies. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de

Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt

Einstellungen zur Umwelt in Deutschland und Europa

Die Umweltberichterstattung bezieht sich in aller Regel auf die faktischen Umweltbedingungen. Die subjektive Wahrnehmung und der persönliche Stellenwert der Umwelt, die wichtige Indikatoren für die gesellschaftliche Relevanz des Umweltproblems sind, werden selten untersucht. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend Fragen zum Stellenwert des Umweltzustandes in der Bevölkerung international vergleichend analysiert. Zunächst wird die Wahrnehmung der Umweltbedingungen im eigenen Land aus Sicht der Bürger der Europäischen Union betrachtet. Wie wird der Umweltzustand bewertet und welche Umweltprobleme werden in der Europäischen Union besonders stark wahrgenommen? Im nächsten Schritt wird auf den persönlichen Stellenwert der Umwelt, insbesondere im Vergleich zu wirtschaftlichen Faktoren eingegangen. Dabei wird auch untersucht, inwieweit materieller Wohlstand und Bildung den persönlichen Stellenwert von Umweltproblemen beeinflussen. Abschließend wird der Frage nachgegangen, inwieweit Umweltprobleme als grenzüberschreitende Probleme wahrgenommen werden, die entsprechend auf der Ebene der Europäischen Union zu lösen sind und wie groß die Bereitschaft in der Bevölkerung ist, der EU die Kompetenz für Umweltfragen zuzuweisen. Untersucht werden die genannten Einstellungsfragen zur Umwelt anhand von Daten der Eurobarometer-Erhebungen von 2002 und 2004.

Der subjektive Stellenwert, den die Bevölkerung einem Problem beimisst, stellt aus der Perspektive der Sozialindikatorenforschung einen zentralen Indikator für die gesellschaftliche Relevanz dieses Problems dar. Zunächst wird die Wahrnehmung des Umweltzustandes in den EU-Ländern beschrieben. Im Eurobarometer 62.1 des Jahres 2004 wurden die Bürger um eine generelle Einschätzung und um eine Bewertung des Umweltzustandes ihres Landes im Vergleich zum EU-Durchschnitt gebeten. Sowohl bei der allgemeinen als auch bei der vergleichenden Beurteilung schätzen 11% der EU-Bürger den Umweltzustand in ihrem Land als sehr schlecht ein (Tabelle 1). In den neuen Mitgliedsländern und in den südeuropäischen Ländern wird der Umweltzustand deutlich negativer bewertet als in den anderen Mitgliedsstaaten. Dies betrifft sowohl die allgemeine Bewertung des Umweltzustands als auch den Vergleich mit dem EU-Durchschnitt. Am schlechtesten fällt die Bewertung des Umweltzustandes in Ungarn aus. 60% der Ungarn sind der Meinung, dass der Umweltzustand ihres Landes viel schlechter als der EU-Durchschnitt ist. Danach folgen Malta, Griechenland und Portugal mit einem Anteil von 30-45%. Dagegen wird die Situation der Umwelt in den skandinavischen Ländern wesentlich positiver beurteilt. Weniger als 1% der Befragten in Finnland, Dänemark und Schweden schätzt die Umweltbedingungen im eigenen Land deutlich negativer ein als im europäischen Durchschnitt. Auch die Deutschen sehen den Zustand der Umwelt eher gelassen. Gerade einmal 2% der Deutschen sind der Meinung, dass die Situation der Umwelt in ihrem Land deutlich schlechter ist als im EU-Durchschnitt.

Die Mehrheit der EU-Bürger glaubt an verbesserte Umweltbedingungen in naher Zukunft. Im Durchschnitt der EU äußert sich die Hälfte der Bürger zuversichtlich, dass sich

der Umweltzustand in fünf Jahren verbessern wird (Tabelle 1). Besonders große Hoffnungen auf eine verbesserte Umwelt macht sich die Bevölkerung in den meisten Beitrittsländern der EU. In den baltischen Staaten (Litauen, Estland, Lettland), Polen und Malta geben mehr als 60% der Befragten an, dass die Situation der Umwelt in 5 Jahren besser sein wird als heute. Offensichtlich ist mit dem EU-Beitritt die Zuversicht auf eine Verbesserung der in diesen Ländern zum Teil sehr schwierigen Umweltbedingungen verknüpft. Zuversicht auf eine verbesserte Umwelt besteht aber auch in Schweden und Dänemark – und damit in

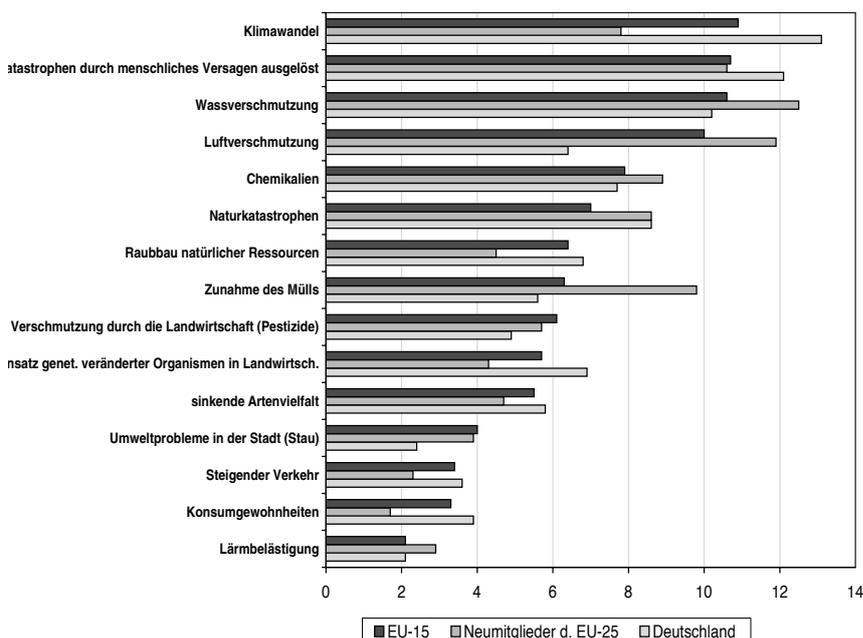
Ländern, in denen weniger Umweltprobleme bestehen und wahrgenommen werden.

Innerhalb der alten Mitgliedstaaten fällt die geringe Zuversicht in den südeuropäischen Ländern Portugal, Griechenland und Italien auf. Deutlich weniger als die Hälfte der Portugiesen (35%) und Griechen (40%) glaubt an eine Verbesserung des in diesen Ländern ohnehin als sehr problematisch wahrgenommenen Umweltzustandes. In Luxemburg, das als Stadtstaat besondere Umweltbedingungen aufweist, sowie in Österreich ist die Zuversicht auf verbesserte Umweltbedingungen ebenfalls nicht besonders ausgeprägt. Dies mag damit zusammenhängen, dass man mit dem gegenwärtigen Zustand sehr zufrieden ist. Auch in Deutschland, in dem die gegenwärtige Umweltsituation überwiegend positiv bewertet wird, geht die Mehrheit der Bevölkerung davon aus, dass sich der Umweltzustand zukünftig nicht wesentlich verbessern wird. Die Zuversicht auf verbesserte Umweltbedingungen ist in Ostdeutschland allerdings deutlicher ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies entspricht den im Vergleich zu Westdeutschland allgemein höheren Erwartungen in der ostdeutschen Bevölkerung an verbesserte Lebensverhältnisse in naher Zukunft.

EU-15 sorgen sich um Klimawandel, neue Mitgliedsländer um Wasser- und Luftverschmutzung

Betrachtet man einmal, welche Umweltprobleme innerhalb der EU wahrgenommen werden, so zeigt sich, dass sich die EU-Bürger im Durchschnitt vor allem um die „klassischen“ Umweltprobleme wie Wasser- und Luftverschmutzung sorgen sowie um nicht näher spezifizierte Umweltbelastungen, die durch

Graphik 1: Wahrgenommene Umweltgefährdungen in der EU



Indikator: „Bitte nennen Sie anhand dieser Liste die fünf Umweltaspekte, über die Sie sich die meisten Sorgen machen.“ Dargestellt ist jeweils der Prozentanteil an allen Nennungen.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Tabelle 1: Einschätzung des Umweltzustandes und der zukünftigen Entwicklung (in %)

	Beurteilung der Umweltsituation im Land ⁽¹⁾	Umweltzustand im eigenen Land im Vergleich zum EU- Durchschnitt ⁽²⁾	Situation der Umwelt im eigenen Land in 5 Jahren ⁽³⁾
	schlecht	Viel schlechter	Viel/etwas besser
Finnland	0,5	0,1	55,0
Luxemburg	2,0	1,6	39,5
Dänemark	2,2	0,7	60,1
Deutschland Ost	2,5	1,9	56,4
Österreich	2,6	1,7	38,2
Schweden	2,8	0,9	64,7
Estland	4,5	17,8	65,0
Deutschland West	5,5	1,7	48,2
Irland	6,1	11,0	55,5
Niederlande	6,8	2,7	52,4
Slowenien	7,4	5,3	57,9
Litauen	7,6	19,1	72,2
Zypern	8,8	16,7	51,1
Lettland	9,1	16,2	62,3
Belgien	9,3	8,8	59,2
Frankreich	9,6	6,2	51,6
Nordirland	9,8	6,6	54,8
Spanien	10,3	14,4	54,1
EU-25	11,0	11,1	50,2
Großbritannien	12,1	7,0	45,3
Tschechische Republik	12,4	16,0	52,9
Polen	13,8	21,0	63,9
Italien	15,8	12,2	41,4
Slowakei	18,3	21,8	48,5
Portugal	21,2	30,1	34,5
Griechenland	23,7	34,1	39,8
Malta	31,5	45,7	65,8
Ungarn	32,3	60,2	41,9

(1) „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste: sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht, sehr schlecht. Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“ (2) „Und sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation (im eigenen Land) Ihrer Meinung nach da besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“ (3) „Und wenn Sie an die nächsten fünf Jahre denken: Erwarten Sie, dass die Situation in den folgenden Bereichen viel besser, etwas besser, etwas schlechter oder viel schlechter sein wird als zur Zeit? Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

menschliches Versagen auftreten (Graphik 1). Dagegen ist die Sorge um die Artenvielfalt im Tier- und Pflanzenreich oder den Einsatz gentechnologischer Pflanzen in der Landwirtschaft im EU-Durchschnitt eher gering. Beim Vergleich der wahrgenommenen Umweltprobleme zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern fällt auf, dass die Bürger in den alten Mitgliedsländern für globale Umweltthemen wie den Klimawandel stärker sensibilisiert sind. Im Durchschnitt der EU-15 wird der Klimawandel gegenwärtig sogar als das wichtigste Umweltproblem genannt. Für die Gefährdung der Umwelt durch die Veränderung des Klimas sind die Bürger in den neuen Beitrittsländern hingegen deutlich weniger sensibilisiert. Diese Befunde können als Indiz dafür gesehen werden, dass sich in der Rangfolge der wahrgenommenen Umweltgefährdungen nicht nur faktische Umweltprobleme widerspiegeln. Welche Umweltprobleme in der Bevölkerung besonders stark wahrgenommen werden, hängt auch von deren Thematisierung in der Öffentlichkeit durch Politik und Medien ab. Möglicherweise sind die Sorgen hinsichtlich des

Klimawandels in den neuen Mitgliedsstaaten deshalb geringer als in den alten Mitgliedstaaten, weil sie hier weniger thematisiert werden. Mit der Luft- und Wasserverschmutzung sowie der Müllverschmutzung werden in den Beitrittsländern vornehmlich Umweltprobleme genannt, die in diesen Ländern faktisch stärker vorherrschen. In Deutschland sind abstrakte Umweltbedrohungen, wie die Sorgen um Naturkatastrophen und Klimawandel, wesentlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Europäischen Union. Geringer sind dagegen die Sorgen über städtische Umweltbelastungen und über Verschmutzungen durch die Landwirtschaft.

Umwelt für Lebensqualität in Deutschland weniger wichtig als in der EU

Eine weitere zentrale Frage zum Stellenwert des Umweltzustandes für die Lebensqualität basiert auf der Selbsteinschätzung, wie stark die Umwelt die eigene Lebensqualität beeinflusst. In der Eurobarometer-Umfrage 2004 gab die überwiegende Mehrheit der Befragten an, dass

der Umweltzustand die eigene Lebensqualität sehr (25%) oder ziemlich (47%) beeinflusst (Graphik 2). Der Anteil variiert allerdings beträchtlich zwischen den EU-Ländern.

Der Umwelt wird vor allem in den Ländern eine große Bedeutung für die Lebensqualität zugeschrieben, in denen vermehrt direkt erfahrbare Umweltbeeinträchtigungen – insbesondere Luft- und Wasserverschmutzung – wahrgenommen werden und zugleich der Zustand der Umwelt negativ beurteilt wird.¹ Dazu gehören insbesondere Griechenland, Malta, Slowakei, Litauen und Zypern. Eine Ausnahme von dieser Regel stellt Dänemark dar, wo trotz kaum wahrgenommener Umweltbeeinträchtigungen mehr als 45% der Befragten die Umwelt als sehr bedeutsam für die eigene Lebensqualität ansehen. In Deutschland halten nur etwas mehr als 17% der Bürger die Umwelt für sehr wichtig für die eigene Lebensqualität. Ähnlich gering sind die Werte nur in Nordirland (14%) und in den Niederlanden (15%).

Was den geringen Stellenwert der Umwelt in Deutschland anbelangt, so kann vermutet werden, dass es in den letzten Jahren zu Verschiebungen in der Gewichtung verschiedener Probleme gekommen ist und deshalb die persönliche Wichtigkeit der Umwelt abgenommen hat. Vergleicht man über die Jahre hinweg, wie oft der Umweltschutz von den Deutschen als dringendes Problem genannt wird, so zeigt sich insbesondere seit 2000 ein Rückgang der Umweltsorgen, während gleichzeitig die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt zunehmend sorgenvoll betrachtet werden.²

Wirtschaft wichtiger als Umwelt

Während im Abschnitt zuvor die absolute Wichtigkeit der Umwelt für die Lebensqualität untersucht wurde, ist in Tabelle 2 der persönliche Stellenwert der Umwelt im Verhältnis zu wirtschaftlichen Faktoren dargestellt. Im EU-Durchschnitt werden die wirtschaftlichen Faktoren für die eigene Lebensqualität höher bewertet als die Umweltbedingungen, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern zum Teil sehr groß sind. Der Stellenwert der Umwelt für die Lebensqualität gegenüber wirtschaftlichen Faktoren ist vor allem in den ost- und südeuropäischen Mitgliedsstaaten nachrangig.

Ein geringeres Wohlstandsniveau und ein entsprechender Mangel an materiellen Gütern dürfte erklären, warum der wirtschaftliche Aspekt insbesondere in den postkommunistischen Ländern einen höheren Stellenwert besitzt als der Umweltzustand. Umgekehrt ist der Stellenwert der Umwelt in den wirtschaftlich etablierten EU-Ländern mit hohem Wohlstandsniveau, wie Dänemark, Luxemburg und Schweden, besonders ausgeprägt.

Auch für Deutschland zeigt sich die Priorität wirtschaftlicher Aspekte gegenüber Umweltaspekten, wobei der Anteil derjenigen, die die

Tabelle 2: Bedeutung von Umwelt und Wirtschaft für die Lebensqualität (in %)

	Zustand der Umwelt ist ... als wirtschaftliche Faktoren		
	wichtiger	gleich wichtig	weniger wichtig
Portugal	6,2	71,3	22,5
Griechenland	7,2	69,8	22,9
Lettland	8,8	52,4	38,8
Litauen	9,3	66,1	24,6
Slowakei	9,5	45,9	44,6
Ungarn	9,8	64,0	26,2
Polen	11,4	48,0	40,6
Italien	11,4	62,2	26,5
EU-15	11,6	51,2	37,2
Estland	12,3	55,5	32,2
Zypern	13,0	48,8	38,2
Irland	13,7	60,1	26,3
Spanien	14,3	60,4	25,3
Slowenien	14,4	62,9	22,7
Tschechische Republik	15,4	44,6	40,0
Deutschland Ost	16,6	46,2	37,2
EU-25	17,0	54,8	28,2
Österreich	18,2	59,8	22,1
Niederlande	18,4	50,4	31,1
Belgien	19,4	49,6	31,0
Großbritannien	20,2	55,8	24,0
Malta	21,5	62,4	16,1
Deutschland West	21,8	49,9	28,3
Nordirland	21,9	54,5	23,6
Frankreich	23,4	51,5	25,1
Finnland	23,5	53,2	23,3
Schweden	26,7	46,2	27,1
Luxemburg	27,4	59,9	12,7
Dänemark	28,4	49,2	22,3

Indikator: „Was meinen Sie: Wie stark beeinflussen die folgenden Faktoren Ihre „Lebensqualität“ Der Zustand der Umwelt; Wirtschaftliche Faktoren.“ Dargestellt ist der Prozentteil der Fälle, die den Zustand der Umwelt als wichtiger, gleich wichtig oder weniger wichtig für die Lebensqualität einstufen als wirtschaftliche Faktoren.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Bedeutung der Umwelt für die Lebensqualität höher einschätzen, über dem EU-Durchschnitt liegt. Auffallend ist der im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich geringere Stellenwert der Umwelt in den neuen Bundesländern. Ein weiterhin zu beobachtendes Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland und verstärkte wirtschaftliche Probleme in den neuen Bundesländern dürften wichtige Gründe dafür sein, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland einen höheren Stellenwert als die Umwelt einnimmt.

Auf der Individualebene gibt es Belege für die bereits im Abschnitt zuvor anklingende Postmaterialismus- bzw. Luxusgutthese, demzufolge erst ab einem gewissen individuellen Wohlstandsniveau, bei der eine Sättigung materieller Bedürfnisse auftritt, die Umwelt einen zunehmenden persönlichen Stellenwert bekommt. Stellt man die finanzielle Zufriedenheit den Einschätzungen zur Bedeutung der Umweltpolitik gegenüber, so zeigt sich für Deutschland, dass bei hoher Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation die Umweltpolitik zunehmend an Bedeutung gegenüber Wirtschafts- und Sozialpolitik gewinnt.³ Neben der wirtschaftlichen Situation wird das Umweltbewusstsein auch von der Bildung bestimmt. Mit zunehmendem Bildungsgrad

steigt die Bedeutung der Umweltpolitik in der Bevölkerung, wobei das Bildungsniveau selbst mit der finanziellen Zufriedenheit korreliert.

Umweltschutz ist eine Aufgabe, an der unterschiedliche umweltpolitische Akteure beteiligt sind. Inwieweit die Bevölkerung der

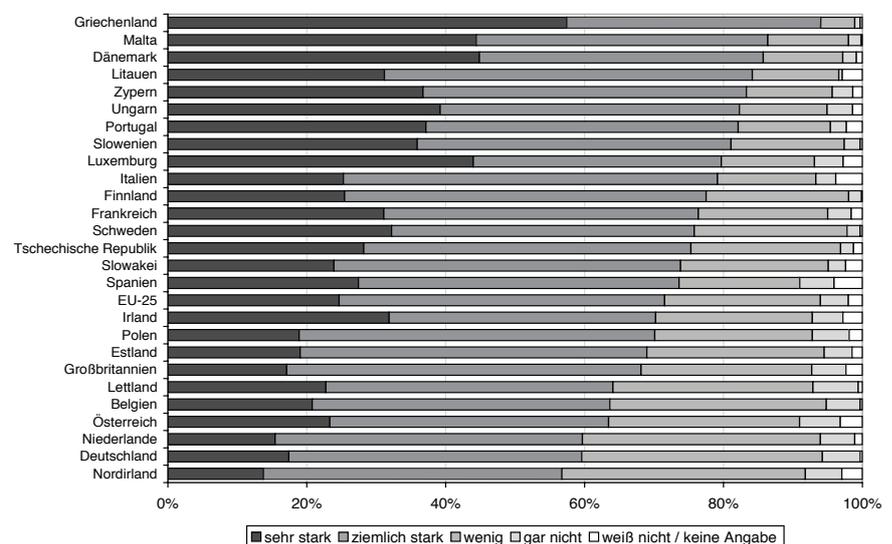
Meinung ist, dass der Umweltschutz auf der Ebene Europa angegangen werden soll, kann als Gradmesser dafür dienen, inwieweit Umweltschutz als grenzüberschreitendes Problem wahrgenommen wird.

Umweltpolitik soll auf EU-Ebene stattfinden

Gegenwärtig fällt das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik recht positiv aus. Neben der nationalen Regierung trauen die Bürger in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten vor allem der Europäischen Union zu, sinnvolle Lösungskonzepte im Bereich des Umweltschutzes zu entwickeln. In einem Antwortkatalog mit 5 möglichen umweltpolitischen Akteuren bei max. 2 Nennungen wurde in 25% aller Antworten die EU als wirksamste Entscheidungsebene für Fragen des Umweltschutzes gewählt. Genauso häufig wurde die nationale Ebene als Entscheidungsebene für Umweltschutz bezeichnet. Deutlich seltener wird die kommunale Ebene (21%) als angemessene Instanz zum Schutz der Umwelt genannt. Auch die Vereinten Nationen (UN) werden für die Lösung von Umweltfragen für weniger kompetent gehalten (12%). In Deutschland ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik überdurchschnittlich (32%) und wird nur noch von den Einschätzungen in den Niederlanden (38%), Malta (36%) und Belgien (35%) übertroffen. Besonders gering ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik in Litauen, Estland und Polen sowie im Vereinigten Königreich (Großbritannien und Nordirland) und Österreich. In den Beitrittsländern, insbesondere in Polen, in der Slowakei und in Estland ist dagegen das Zutrauen in eine kommunale Umweltpolitik viel stärker ausgeprägt.

Die Meinung, dass die Umwelt ein gesamteuropäisches Aufgabefeld darstellt, hat sich in den letzten Jahren in der EU nicht wesentlich geändert. Bereits in der Eurobarometer-Befragung aus dem Jahre 2002 wurde in den Ländern der damaligen EU-15 neben der nationalen Regierung vornehmlich die EU als wichtigste

Graphik 2: Wie stark beeinflusst der Zustand der Umwelt Ihre Lebensqualität?



Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Entscheidungskompetenz betrachtet. Die EU wird innerhalb der Politik zwar als zentrale politische Entscheidungsebene für die Lösung von Umweltfragen gesehen, allerdings vertrauen die Bürger Europas generell stärker den Umweltschutzorganisationen (z.B. Greenpeace). Wenn es um Vertrauen bei der Vermittlung von Umweltthemen geht, rangiert die Europäische Union gleichauf mit den nationalen Regierungen und den Parteien, die sich speziell für die Umwelt einsetzen, und erst an vierter Stelle hinter Wissenschaftlern, Umweltschutzorganisationen und dem Fernsehen.

Betrachtet man die präsentierten Befunde in der Gesamtschau, so zeigt sich eine große Divergenz sowohl bei der Beurteilung der Umweltbedingungen im eigenen Land als auch beim persönlichen Stellenwert der Umwelt in der Bevölkerung der EU. Im Wesentlichen spiegelt sich sowohl in der subjektiven Bewertung des Umweltzustandes im eigenen Land als auch im persönlichen Stellenwert der Umwelt das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern wider. Insbesondere in den weniger wohlhabenden Beitrittsländern und den südeuropäischen Ländern der EU wird der Umweltzustand besonders schlecht beurteilt und der persönliche Stellenwert der Umwelt ist in diesen Ländern im Vergleich mit wirtschaftlichen Faktoren eher gering. Auffallend für die neuen Mitgliedsländer, insbesondere die baltischen Staaten, ist die Zuversicht, dass sich mit dem EU-Beitritt die Umweltbedingungen verbessern werden.

Allerdings wird in diesen Ländern die EU seltener als wirkungsvolle Entscheidungsebene zur Lösung von Umweltproblemen erachtet als im EU-Durchschnitt.

In den skandinavischen Ländern spielt die Umwelt eine deutlich gewichtigere Rolle als im übrigen Europa. In Dänemark, Finnland und Schweden werden die dort herrschenden Umweltbedingungen überwiegend gut bis sehr gut bewertet. Zugleich wird auch der Stellenwert der Umwelt für die eigene Lebensqualität in diesen Ländern höher eingeschätzt und die EU überdurchschnittlich häufig als zentrale politische Entscheidungsebene zur Lösung von Umweltproblemen gewünscht. Die Deutschen gehen überwiegend gelassen mit dem Umweltthema um, was sich in einer positiven Wahrnehmung des gegenwärtigen Umweltzustandes äußert. Zudem ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik überdurchschnittlich groß. Gleichwohl hat die Umwelt für die Lebensqualität sowohl im internationalen Vergleich als auch im Vergleich zu wirtschaftlichen Faktoren keinen besonderen Stellenwert.

Die Vermutung, dass der persönliche Stellenwert der Umwelt vom Wohlstand abhängt, bestätigt sich im Ländervergleich und auf der Individualebene. Der subjektive Stellenwert der Umweltpolitik steigt mit dem Bildungsniveau und der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation.

Für die neuen Mitgliedsländer bleibt abzuwarten, ob sich die Umweltbedingungen in diesen Ländern zukünftig verbessern werden, welche Rolle dabei die europäische Umweltpolitik spielt und wie sich dies in den subjektiven Bewertungen in der Bevölkerung niederschlägt.

- 1 Der positive Zusammenhang zwischen Bedeutung der Umwelt für die Lebensqualität und negativer Bewertung des Umweltzustands ist in Griechenland, Malta, Slowakei, Litauen, Zypern sowie in Belgien, Frankreich und den Niederlanden signifikant.
- 2 Die Längsschnittdaten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) zeigen für Deutschland, dass die Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Land und die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Zeitraum zwischen 2001 und 2005 gestiegen sind, während die Bedeutung des Umweltschutzes abgenommen hat.
- 3 Der Einfluss der finanziellen Situation auf das Umweltbewusstsein bestätigt sich auch im Hinblick auf die Wichtigkeit der Umwelt für die Lebensqualität im Ranking mit wirtschaftlichen Faktoren auf der Individualebene unter Kontrolle von Bildung, Geschlecht, Alter, Gemeindegröße, Links-Rechts-Einstufung in 19 von 25 EU-Ländern (nicht dargestellt).

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**

Tel.: 0621 / 1246-248

dittmann@zuma-mannheim.de

Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich

Institutionelle Hilfeangebote, individuelle Aktivitäten und soziale Netzwerke – Buchhinweis

Die breite Diskussion über die Hartz-IV-Reform und die Reformen dieser Reform hat die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verstärkt auf den unteren Einkommensbereich fokussiert. Auch wenn sich die Diskussion dabei vor allem auf die Frage konzentriert, wie Arbeitslosengeld II-Empfänger wieder in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können und damit aus dem ALG II-Bezug aussteigen, so besteht doch eine enge Verbindung zur Fragestellung dieses Buches, die sich auf die Ausstiege aus dem Niedrigeinkommensbereich richtet. Als Datenbasis dient das so genannte Niedrigeinkommenspanel (NIEP), dessen sechs Wellen halbjährlich, beginnend zum Jahreswechsel 1998/99 bis 2002, erhoben wurden. Der Niedrigeinkommensbereich wurde in dieser Datenbasis mit etwa 150% der jeweiligen haushaltsgrößenspezifischen Sozialhilfeschwelle abgegrenzt. Dies entspricht ungefähr dem unteren Quintil der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen. Damit liegt diese Grenze zwar höher als die ALG II-Schwelle, aber die Ergebnisse dürften auch für die gegenwärtige Diskussion relevant sein. Untersucht werden institutionelle Hilfen der (damaligen) Bundesanstalt für Arbeit und die Bedeutung von Eigeninitiative sowie von sozialen Netzwerken. Auf die nicht unerheb-

lichen Hilfen der freien Wohlfahrtsverbände wird allerdings nicht eingegangen. Bei den Bezugspersonen der Haushalte wird zwischen Arbeitslosen, Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbspersonen unterschieden und jeweils der gesamte Haushaltskontext berücksichtigt.

Als zentrale Ergebnisse der methodisch sauber gearbeiteten Studie, in der auch deutlich auf die Einschränkungen der Datenbasis hingewiesen wird, lassen sich festhalten: Ein großer Teil der Arbeitslosen zeigt viel Eigeninitiative zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Die Beratung der Bundesanstalt für Arbeit hat dagegen kaum geholfen. Fortbildung und Umschulung tragen kaum zum Wiedereinstieg bei, wenn dieses Ergebnis auch teilweise auf einem Selektionseffekt beruhen kann. Die Vermutung, dass die Arbeitsanreize durch die „hohen“ Sozialleistungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe so stark geschwächt würden, dass die Empfänger passiv bleiben und „gefordert“ werden müssen, kann für die weit überwiegende Mehrheit nicht bestätigt werden. Die sozialen Netzwerke helfen vielen Arbeitslosen zum Wiedereinstieg. Allerdings zeigt sich, dass der Ausstieg aus dem unteren Einkommensbereich häufig nur temporär ist oder nur knapp über die Niedrigeinkommens-

schwelle hinausführt. Dauerhafte Ausstiege und „große“ Aufstiege sind nur einer Minderheit – vor allem jüngeren Menschen mit besserer Ausbildung – möglich.

Wenn auch bei einer Übertragung dieser Ergebnisse auf die gegenwärtige Lage Vorsicht geboten ist, so ist diese Studie doch geeignet, Fehlurteile über die Arbeitslosen und die Niedrigeinkommensbezieher, die in der öffentlichen Diskussion und in der Politik verbreitet sind, zu korrigieren. Auch die auf die Überbetonung der monetären Arbeitsanreize verengte Sicht der Wirtschaftswissenschaften könnte hierdurch relativiert werden. Sozialwissenschaftler und Arbeitsmarktforscher werden die Studie mit Gewinn lesen.

Hans-Jürgen Andreß, Anne Krüger. Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich. Institutionelle Hilfeangebote, individuelle Aktivitäten und soziale Netzwerke. Berlin. Edition sigma, 2006, ISBN 3-89404-999-5, 156 Seiten, Preis EUR 12,90

■ **Richard Hauser, Universität Frankfurt am Main**

Tel.: 069 / 798-22564

R.Hauser@em.uni-frankfurt.de

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Die Natur der Gesellschaft

Kassel, 9.-13. Oktober 2006

Die Sektion Soziale Indikatoren organisiert im Rahmen des diesjährigen Kongresses zwei Veranstaltungen:

„Lebensqualität im demographischen Wandel“

Mittwoch, 11. Oktober, 14:15 bis 17:00 Uhr

Changcheng Zhou (University Wuhan): Quality of Life in Different Populations: An Empirical Study in Contemporary Chinese Transitional Society

Nicole Burzan (Universität Dortmund): Breite Inklusion in die Gesellschaft - nur für Kinderlose?

Jürgen Schupp (DIW Berlin), Wolfgang Voges (Universität Bremen): Steigende Isolation im Alter?

Petra Böhnke (WZB Berlin), Ulrich Kohler (WZB Berlin): Im richtigen Alter am richtigen Ort: Lebenszufriedenheit in Europa

Jörg Dittman (ZUMA Mannheim): Mehr Lebensqualität durch Alterung? Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Kriminalitätsbelastung und das Sicherheitsgefühl

Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern): Wahrnehmung und soziale Auswirkungen des demographischen Wandels in den saarländischen Städten und Gemeinden

„Aktuelle Forschungsarbeiten zu Aspekten der Sozialberichterstattung, soziale Indikatoren, Lebensqualität“

Donnerstag, 12. Oktober, 14:15 bis 17:00 Uhr

Wolfgang Glatzer, Jens Becker (Universität Frankfurt): Sozialstaatliche Einstellungen zwischen Kontinuität und Wandel – Zwischenergebnisse eines laufenden Projekts

Hao Yuan, Hilke Brockmann (Universität Bremen):

Social Transition and Ascribed Inequalities: A Comparative Study on Subjective Wellbeing in China and East Germany since 1990

Stefan Weick (ZUMA Mannheim): Der Eintritt von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen: Objektive Lebensbedingungen und subjektive Zufriedenheitsbewertungen

Juliane Achatz, Claudia Wenzig (IAB Nürnberg): Subjektive Wahrnehmung von Wohlfahrtsgewinnen und -defiziten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Einführung des SGB II

Marcel Erlinghagen, (IAT Gelsenkirchen): Länderunterschiede in der subjektiv wahrgenommenen Beschäftigungssicherheit – Gibt es unterschiedliche europäische Kulturen der Angst?

Peter Krause, Constanze Büning (DIW Berlin): Wie verteilen sich Einkommen und Vermögen im Haushalt?

Irena Kogan, Claudia Geist, Cornelia Hausen, David Reimer (MZES Mannheim / Indiana University, Bloomington / MPI Berlin): Vater, Mutter, Kind? Der Familienbegriff in Deutschland und den USA

Organisation: Dr. Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim), Dr. Roland Habich (WZB) und Prof. Dr. Jürgen Schupp (DIW, Berlin)

Die Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren findet am Donnerstag, den 12. Oktober im Anschluss an die Sektionsveranstaltung statt.

Kontakt:

Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Soziale Indikatoren, ZUMA, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim,
Tel.: 0621/1246-241, Email: noll@zuma-mannheim.de